

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Berl. Verein. Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 870.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-
Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstr. 1, Telefon: B 1
Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 6 Pf., monatl. 2,60 M. einricht.
Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Anstalt. Postbezugs anst. Posten-
geld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8zeil. 25 Pf.;
die 6zeil. 20 Pf.; die 4zeil. 15 Pf.; die 3zeil. 10 Pf.; die 2zeil. 5 Pf.;
die 1zeil. 3 Pf.; die 1/2zeil. 2 Pf.; die 1/3zeil. 1 Pf.; die 1/4zeil. 1 Pf.;
die 1/5zeil. 1 Pf.; die 1/6zeil. 1 Pf.; die 1/8zeil. 1 Pf.; die 1/10zeil. 1 Pf.;
die 1/12zeil. 1 Pf.; die 1/15zeil. 1 Pf.; die 1/20zeil. 1 Pf.; die 1/30zeil. 1 Pf.;
die 1/40zeil. 1 Pf.; die 1/60zeil. 1 Pf.; die 1/80zeil. 1 Pf.; die 1/100zeil. 1 Pf.

Stegerwald kündigt die 5. Notverordnung an / Siehe im Blatt

Kampf-Mai gegen Hunger, Krieg, Faschismus!

An die deutsche Arbeiterklasse! An alle Werktätigen in Stadt und Land!

Morgen marschieren die deutsche Arbeiterklasse, in einer Front mit den Arbeitern aller Länder, am internationalen revolutionären Kampftag auf. Gewaltige gesellschaftliche Kampfschlachten stehen an diesem 1. Mai vor dem deutschen Proletariat und allen notleidenden Werktätigen.

Im Fernen Osten donnern die Geschütze des neuen Krieges. An der Sowjetgrenze häufen sich die Provokationen der japanischen Imperialisten, die das erste Land des Sozialismus angreifen wollen. Die westlichen Imperialisten, besonders Frankreich, seine polnischen und rumänischen Vasallen, rüsten zur Teilnahme am Antisowjetkrieg. Deutschland ist in eine Kriegsschmelde für diesen Angriff auf das Herz des Weltkommunismus verwandelt.

Die deutsche Arbeiterklasse marschieren an diesem 1. Mai gegen die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie!

Die deutsche Sozialdemokratie sieht wie die 2. Internationale ihre Aufgabe darin, die Kriegsrüstungen der Kapitalistenklasse zu vertuschen. Sie unterstützt die Heuchelei der imperialistischen Abrüstungskonferenz in Genf, die mit jedem Tag sich als eine Konferenz der Kriegsvorbereitung entpuppt. Die SPD. hat durch die Unterstützung Hindenburgs, des Feldmarschalls des Krieges, sich erneut zum Kriegsgesicht von 1914 bekannt.

Dreimal haben die SPD.-Führer in den letzten Wochen den Arbeiterwählern erzählt, daß Hitler mit dem Stimmzettel geschlagen werde. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben diese Behauptung geglaubt. Jetzt, nach dem 24. April, müssen sie

erkennen, wie sie von der Führung der Sozialdemokratie getäuscht und genarrt wurden.

Jetzt behandelt das Zentrum mit den Nazis. Jetzt steuert die Hitlerpartei mit vollen Segeln der Regierung zu. Die Regierungsteilnahme der Nationalsozialisten wäre ein gefährlicher Schritt auf dem Wege zur offenen, blutigen Diktatur.

Je offener die Führer der Hitlerpartei das wahre Gesicht ihrer großkapitalistischen Politik enthüllen, desto mächtiger muß das revolutionäre Proletariat seinen ideologischen Massenkampf gegen den Hitlerfaschismus zur Entfaltung bringen, um dessen mißbrauchte werktätige Anhänger für die rote Klassenfront zu gewinnen.

Der Faschismus kann nur im außerparlamentarischen Klassenkampf geschlagen werden!

Während die Koalitionsbrüder der SPD., die Zentrumsführer, mit den Nazis um die preussische Regierung streiten,

bereiten die Brüning-Stegerwald ihre neuen Notverordnungen vor

Ein neuer Angriff auf die Löhne und Gehälter, ein neuer Abbau der Erwerbslosenunterstützungen, Vernichtung der Sozialversicherungen, neue Anschläge auf die letzten proletarischen Freiheiten durch das Verbot antisowjetischer Organisationen, Zwangsarbeit und Militarisierung für die werktätige Jugend sollen verwirklicht werden. Verschlimmerndes Elend und größte Knechtschaft bedrohen euch!

Die Kommunistische Partei jagt euch, daß eure einheitliche Millionenfront unter revolutionärer Führung

in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohnvierteln zusammengeschweift, eine unüberwindliche Kraft der Abwehr und des Gegenangriffs ist. Diese Kraft allein bricht den Terror des Faschismus. Sie allein macht die Pläne der kapitalistischen Diktatur zunichte. Sie allein schlägt die imperialistischen Kriegstreiber. Sie allein erkämpft die soziale und nationale Befreiung für die deutschen arbeitenden Massen.

Am 1. Mai heraus unter den Fahnen der Kommunistischen Partei! Demonstriert eure Kraft!

Marschieren unter unseren Losungen:

Massenkampf gegen das imperialistische Kriegsverbrechen, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Sieg des Weltkommunismus!

Rote Einheitsfront in Betrieb und Stempelstelle zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, für Arbeit und Brot!

Reichsbannerarbeiter, SPD.-Arbeiter, freige-werkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter, schließt mit uns die rote Einheitsfront gegen den blutigen Faschismus!

Gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats, für den revolutionären Ausweg aus der Krise!

**Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands**

Eure rote Einheitsfront schlägt Hitler

Zur Diskussion und gemeinsamen Aktion mit den SPD.-Arbeitern

Am 14. März 1932 schrien die SPD.-Führer: „Der Faschismus geschlagen!“

Am 11. April 1932 schrien die SPD.-Führer: „Der Faschismus zum zweiten Male geschlagen!“

Am 12. April 1932 gaben sie die Parole aus: „Der Faschismus zweimal geschlagen, schlägt Hitler zum drittenmal!“

Am 25. April war ihnen die Spude weggeblieben. Sie hatten frech gelogen, sie hatten den Faschisten Hindenburg in einen Demokraten umgebogen und seinen Sieg zur „Niederlage des Faschismus“ gestempelt.

Solange die Kommunistische Partei besteht, hat sie ununterbrochen die Arbeiterklasse gelehrt, daß von der Koalitionspolitik mit den kapitalistischen Parteien nur die Bourgeoisie Profit zieht und der Faschismus wächst. Schon vor zwölf Jahren wurde die Probe aufs Exempel gemacht, als die von Moske bewaffneten weißen Offiziere durch den Kapp-Putsch die faschistische Diktatur zu errichten suchten. Die Arbeiterklasse fand sich im Generalstreik in Einheitsfront zusammen, sie schlug die Kappisten durch die Rote Armee an Rhein und Ruhr. Aber als diese Rote Armee daranging, den Faschismus mit Stumpf und Stiel anzuräumen, das kapitalistisch-militaristische und Klassenjustizregiment durch energische Maßnahmen zu liquidieren, schickte Severing die faschistischen Truppen wieder an die Ruhr; sie wurden unter sozialdemokratischem Kommando die Herren der Situation.

Jein Jahre kapitalistische Unterdrückung folgten. Am 14. September 1930 verlor die Sozialdemokratie einen Millionenanhänger, brachen die bürgerlichen Mittelparteien zum erstenmal zusammen. Neben dem Kommunismus verzeichneten die Hakenkreuzler eine riesige Zunahme.

Wer sind die neuen Nazirekruten? Es sind zum Teil die Schichten, die am 9. November 1918 der Revolution zu folgen bereit waren und die sich von den SPD.-Führern verraten und verkauft haben. Man sagte einer ganzen Generation heranwachsender Jugendlicher: „So wirtschaften uns die Marxisten zugrunde!“ Und viele dieser Jugendlichen verwechselten den „Marxismus“ der SPD.-Führer mit dem unverfälschten Marxismus. Er gelang den SPD.-Führern auf ihre Regierungsart, den Marxismus bei breiten Schichten zu diskreditieren.

1930 sagten die SPD.-Führer: Wir müssen die Koalitionspolitik weiterführen, sonst kommen die Hakenkreuzler an die Macht. Eineinviertel-Jahr später öffnete der von der SPD.

Rote Einheitsfront
AM 1. MAI
DEMONSTRIERT
mit der
KPD und RGO

Morgen 15.30 Uhr auf in den

Lustgarten

Marschieren gegen den Faschismus!
Marschieren gegen die Kriegstreiber!
Marschieren für den Sozialismus, für Räte Deutschland!

Ernst Thälmann spricht

gejüht Groener dann Hitler die Reichswehr. Und wieder rechtfertigen die SPD-Führer ihren Bündnistakt mit Groener und Hindenburg damit, daß ja noch Preußen da sei. Heute führen Zentrum und Nazis bereits Koalitionsverhandlungen über die Regierung in Preußen.

Wir werfen die Frage auf, ob der Hafenkreuzschismus jemals eine solche Stärke erlangt hätte, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter mit uns den Weg des schrittweisen proletarischen Klassenkampfes beschritten hätten, wenn gegen den Rotverordnungslohnabbau riesige Massenstreiks, gegen den Unterführungsabbau große Erwerbslosenaktionen, in Gang gekommen wären, wenn die Arbeiterklasse als geschlossenes Ganzes gegen die politische und ökonomische Unterdrückung auf den Mann getreten wäre.

Dann wäre heute Hitler vernichtend gescheitert, dann wäre die Arbeiterklasse allenthalben im Offensivmarsch nach vorwärts.

Es geschah nicht. Es geschah darum nicht, weil die sozialdemokratischen Führer im Interesse ihrer ungeführten Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ihre proletarischen Anhänger von jeder Beteiligung an der Politik des Klassenkampfes zurückdrückten. Wenn Soering mit Brüning die Spar- und Rotverordnungen durchführte, dann durften proletarische Aktionen ihn nicht stören. Sie wurden mit allen Mitteln unterdrückt, das Proletariat wurde, man es demonstrierte, von den Straßen, und wenn es Streikparaden stand, vor den Betrieben verjagt. In dem die Wels und Soering die Lohnabbauangriffe der Kapitalisten vorwärts trieben, bereiteten sie dem Proletariat Niederlagen.

Daraus müssen jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter große Lehren ziehen. Dreißig Jahre Koalitionspolitik machten Hitler zur stärksten Partei. Mögen jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter ein für allemal den Strich unter die falsche Rechnung der Koalitionspolitik machen und sich zur roten Einheitsfront schlagen.

Ein erbärmlicher Zeitling, der von der Unvermeidlichkeit der Naziregierung jammert!

Ein Verräter, der „aus demokratischen Gründen“ die Nazis an die Regierung heranlassen will!

Wir werden alle Kräfte des Proletariats wecken, wir wollen in den letzten Betrieben und Arbeitsnadeln gehen, um diese roten Burgen nicht nur zu verteidigen, sondern sie zu Ausfallorten unseres Angriffs zu machen. Wir dürfen und wir werden an keinem sozialdemokratischen Arbeiter vorbeigehen, ohne ihn zu fragen: Bist du für die Koalitionspolitik, die jetzt zur Verbündung der Weimarer Koalitionspartei Zentrum mit den Nazis führt? Oder bist du für die rote Einheitsfront, die heute wie gestern im Lande ist, Hitler zu schlagen?

Wenn das Proletariat in seiner ganzen Kraft und Macht auf den Mann tritt, dann werden die Kuhhändler in Kaiserhof und Landtag wie Nebel wegblasen. Die Entscheidung über das, was in Preußen und im Reich kommt, liegt bei keinem Parlament und keinem Lugsushotel: die Entscheidung liegt bei dir, Arbeitergenosse! Die Entscheidung liegt bei euch, in den Abteilungen des Reichsbanners, bei euch, ihr sozialdemokratischen Arbeiter.

Wir setzen all unser Vertrauen in euer proletarisches Klassenbewußtsein, wir unterstützen immer wieder was unser Zentralamt in seinem Appell an euch SPD-Arbeiter sagte, daß wir mit allen Organisationen, die ernsthaft gegen den Faschismus und Lohnabbau kämpfen wollen, zusammenstehen. Wir wollen nur eins erreichen: den Sieg des Proletariats, der euer und unser Sieg ist.

Wenn da die bürgerliche und sozialdemokratische Presse von einer „Wendung“ in unserer Politik spricht, so kann man mit einer Handbewegung über diesen verächtlichen Unsinns hinweggehen. Wir setzen unser Vertrauen in unsere proletarische Klassenpolitik fort. Wir haben nie aufgehört, an die sozialdemokratischen Arbeiter zu appellieren. Wir hoffen nur, es heute angeht die bitteren Resultate der Koalitionspolitik mit größerem Erfolg noch als früher tun zu können.

Das Geschrei über die Wendung bezeugt nur die Angst des Klassenfeindes, der fürchtet, daß von den Kommunisten organisiert, die rote Einheitsfront sich zusammenschließt. Das ist die Einheitsfront, die verhindert zu haben, Brüning sich Anfang dieses Jahres im Reichstag rühmte. Das ist die Einheitsfront, für die in den nächsten Tagen und Wochen jeder Kommunist in Betrieb und Stempelstelle zum Propagandisten werden muß.

Das Weltproletariat schaut auf die deutschen Arbeiter. Sie sind es, von denen es abhängt, ob das Herz Europas sozialistisch oder rot wird. Diszipliniert nicht mehr lange! Bildet schnell in den Betrieben und Stempelstellen die Organe des proletarischen Widerstandes! Mit höherem Optimismus an die Arbeit!

Sagt jedem Merkantilisten der Hitler-Partei, daß eine Partei, die von Großkapitalisten wie Thyssen finanziert, von Hohenzollernprinzen geführt, von Junkergenerälen kommandiert ist, das deutsche Volk niemals befreien, sondern nur in tieferer Knechtschaft hinabstürzen wird!

Tretet vor das ganze arbeitende Volk hin und sagt ihm, daß nur die rote Einheitsfront den Klassenfeind vernichtend schlägt. Zum Angriff gehört Mut. Mut und nochmals Mut! Beweist ihn! Gestaltet den morgigen 1. Mai in Stadt und Land zu Massenmurmurumbgebungen gegen den Faschismus!

Schiffe auf Arbeitslosendemonstration

Breslau, 28. April. In Bengenbieren in Schlesien demonstrierten am 27. April über 300 Erwerbslose gegen den dauernden Unterführungsabbau, für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der kommunistischen Partei. Die Polizei, die erst kurz vor Startlinien der Demonstration ein Verbot ausgesprochen hatte, ließ es nicht mehr möglich war, die Erwerbslosen zu benachrichtigen, löste mit dem Gumminippel die Demonstration auf und gab sogar mehrere Schüsse ab.

Die Pflichtarbeiterstreiks in Oberschlesien breiten sich immer mehr aus. Jetzt sind auch die Pflichtarbeiter von Zelloma, Kreis Oppeln, gegen die Ausbeutungsmethoden der Gemeinden geschlossen in den Streik getreten. Die Streikenden, unter denen sich auch SPD- und NSDAP-Arbeiter befinden, stehen geschlossen hinter der KPD-Führung.

Rote Einheitsfront in Bernau

Kampfbefehl des KGB-Ausschusses — 1. Mai-Demonstration gemeinsam mit der KPD.

Gestern Abend fand im großen Saal des Restaurants Bellevue in Bernau eine überfüllte Massenversammlung der kommunistischen Partei statt. Zu dieser Versammlung waren aus Anlaß der Nazijubelfeier am letzten Sonntag alle SPD- und Reichsbannerkameraden aufgefordert worden, zu erscheinen. Ganze Einheiten erschienen zu der Versammlung.

Die Versammlung war von glänzender Kampfstimmung getragen. Wiederholt wurde Genosse Ubricht als Redner des Abends von stürmischem Beifall unterbrochen. Die Massenversammlung begrüßte mit Begeisterung einen Beschluß des KGB-Ausschusses von Bernau, der auf Initiative der kommunistischen Partei zur Schaffung der roten Einheitsfront herbeigeführt wurde. Einstimmig wurde beschlossen, am 1. Mai gemeinsam mit der kommunistischen Partei zu demonstrieren.

Der angenommene Beschluß lautet: „Die neuen Maßnahmen Stegerwalds, der bevorstehende Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherung und Arbeitsdienstpflicht gebieten den gemeinsame Kampf aller Arbeiter, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit. Die Maßnahmen der Brüningregierung dienen der weiteren Faschisierung. Nur wenn die Arbeiterklasse in roter Einheitsfront kämpft, kann sie den Faschismus schlagen. Das Wahlergebnis zeigt, daß gerade

in Preußen der Faschismus am stärksten gewachsen ist, weil viele Arbeiter ihre Hoffnung auf das Parlament und die Preußenregierung gesetzt haben. Wer den Faschismus schlagen will, muß den Massenwiderstand gegen Hunger und Unterdrückungsmaßnahmen der Feinde der Arbeiterklasse organisieren.

Deshalb appellieren wir an die gesamte Arbeiterklasse Bernaus zu demonstrieren: Gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau, für höhere Löhne, für den Streik der Pflichtarbeiter, gegen Arbeitsdienstpflicht, kostenloses Mittagessen für alle Unterführungsempfänger und ihre Familien, für Siebenstundentag und 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, gegen die Rotverordnungen der Brüning- und Preußenregierungen, für die Aufhebung des RFB-Verbots, gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Brüning-Groener gegen die proletarischen Wehrorganisationen, für die Schaffung eines proletarischen Massenelbstschutzes für Bernau, für den politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den Hitlerfaschismus, gegen den imperialistischen Krieg und den Völkerverbund, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Es lebe die rote Einheitsfront für ein freies, sozialistisches Vaterland!

Wieder zwei KPD.-Zeitungen verboten

„Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ 9 Tage und „Volkswacht“-Mecklenburg 14 Tage verboten Verbot der 1. Mai-Demonstration in Mecklenburg — Ueberall Hausdurchsuchungen

Stuttgart, 29. April. Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ ist wegen des Aufrufes der kommunistischen Internationale auf 9 Tage verboten worden. Zur Begründung des Verbots wird angegeben, daß der Aufruf einer Aufforderung zum „Angehörig gegen Gehehe“ darstelle. In dem Aufruf wird zu Demonstrationen aufgefordert; da in Württemberg Demonstrationsverbot besteht, sei dies ein Verstoß gegen die Gehehe.

Kostod, 29. April. Die Regierung von Mecklenburg-Schwernin gab gestern bekannt, daß das bestehende Demonstrationsverbot vom 4. November 1931 auch für den 1. Mai nicht aufgehoben wird, so daß an diesem Tage alle Maidemonstrationen verboten sind.

Die kommunistische Zeitung für Mecklenburg, „Volkswacht“, ist auf 14 Tage verboten worden. Zur Begründung wird ein Artikel herangezogen, der einen spontanen Demonstrationen und das Vorgehen der Polizei in Kostod am 19. April

schildert. Daß das Verbot erst jetzt ausgesprochen wird, zeigt, daß andere Ursachen dabei eine Rolle gespielt haben.

Heute wurden im ganzen Bezirk Mecklenburg Hausdurchsuchungen bei revolutionären Arbeitern durchgeführt. Nicht nur alle Büros von revolutionären Organisationen, sondern auch zahlreiche Privatwohnungen wurden durchsucht. In Kostod allein bei etwa 80 Personen.

Maidemonstration in Eisenach von Nazikommissar verboten

Erfurt, 29. April. Die von der KPD Eisenach für den 1. Mai angemeldete Demonstration ist durch den Kriminalrat Eiche verboten worden. Eiche, der noch von Fried nach Eisenach verlegt wurde, versucht schon jetzt die Methoden des Dritten Reiches anzuwenden.

Erwerbslose gegen Ermittlung

Zusammenstoß zwischen Schupo und Erwerbslosen — Transportarbeiter mit dem Ermittelten solidarisch — Ermittlung verhaftet! — Nur die KPD. kämpft für die Erwerbslosen!

Glücksburg, 29. April. In schweren Zusammenstößen kam es hier, als ein erwerbsloser Arbeiter zwangsweise auf die Straße gesetzt werden sollte.

Als der Obergerichtsvollzieher mit einem Lastauto und mehreren Möbelträgern erschien, sammelten sich im Nu viele erwerbslose Arbeiter und Mieter der umliegenden Straßen an und solidarisierten sich mit dem von der Ermittlung bedrohten Arbeiter. Als die Möbel des Erwerbslosen auf dem Auto verladen waren, brachten die Erwerbslosen sie in die Wohnung zurück.

Daraufhin wurde ein großes Kommando Schupopolizei alarmiert, das unter Anwendung der Waffe die Straßen von der riesigen Menschenmenge säuberte.

Da erklärten sich jedoch auch die Transportarbeiter mit dem Ermittelten solidarisch und weiterten sich, ein zweites Mal die Räumung durchzuführen.

Die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, die zu der Ermittlung Stellung nimmt, schreibt: „Jeder weiß aber auch, daß es böswillige Mieter gibt, die nicht zahlen wollen, sich hinter der allgemeinen Not verstecken und sich als

Märtyrer gebürden. Es gibt auch mittellose und erwerbslose Hausbesitzer, die man nicht endlos mit solchen böswilligen Leuten belasten kann.“

So beschimpfen die SPD-Führer die ausgehungerten erwerbslosen Mieter. Es ist das selbe Spiel wie in Halle, wo die SPD ebenfalls das Vorgehen der Polizei, die bei dem Zusammenstoß während einer Ermittlung schockiert, billigte. Auch die Nazis standen in Halle auf Seiten der Severing-Polizei.

Auf Seiten der notleidenden Erwerbslosen kämpft nur die KPD. Die Erwerbslosen müssen erkennen, daß unter Führung der Erwerbslosenausschüsse Massenaktionen erfolgreich durchgeführt werden können. Erwerbslose sind bereit für unbedingte Forderung, den Ausgebeuteten die leerstehenden Großwohnungen und Villen der Reichen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, den Kampf anzunehmen.

Durch Zwangsermittlung in den Tod getrieben

Bremen, 29. April. Ein ungeheurer Vorfall ereignete sich am 28. April in Billethals-Fallenberg. Während der Arbeiter Johann Follen infolge Zwangsermittlung von zu Hause abwesend war, erschien in Begleitung von drei Landjägern der Gerichtsvollzieher und löste die Räumung seiner Wohnung durch. Als die Möbel auf die Straße gestellt waren, kürzte sich Frau Follen auf Verzweiflung über die Ermittlung in die nahe vorbeifliegende Wäpse. Ihre beiden Kinder liefen der Mutter weinend nach. Frau Follen erkrankte und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Eine erledigte Nazifuge

Vom Kampfbund gegen den Faschismus wird uns geschrieben: Der „Angriff“ vom 28. April brachte unter der Überschrift „Kommunistische Expressmethoden“ eine Erklärung des ehemaligen SA-Mannes Gustav Winkler, Sturm 62, in der behauptet wird, daß Mitglieder des NSDAP ihn „mit Gewalt gezwungen“ hätten, seine Unterschrift zur Eintrittserklärung in die KPD zu geben.

Wir stellen demgegenüber fest, daß W. bei einer Diskussion mit Kampfbund-Kameraden zusammen mit dem ehemaligen SS-Truppführer Hans Rohde sich freiwillig ergab, einen Aufruf an die ehemaligen SS- und SA-Kameraden zu verfassen und der „Mosen-Fahne“ zur Veröffentlichung zu übergeben. Der Aufruf wurde von ihm und von Rohde ohne irgendwelchen Zwang unterzeichnet.

Hungerstreik der Lübecker Festungsgefangenen

Lübeck, 29. April. Die politischen Gefangenen der Festung Lübeck befinden sich seit gestern morgen im Hungerstreik. Der Hungerstreik richtet sich gegen das schlechte Essen und die schlechtesten Unterführungsmaßnahmen. Einige nebensächliche Forderungen der Gefangenen wurden bereits erfüllt. Da aber die Hauptforderungen noch nicht erfüllt wurden, geht der Hungerstreik weiter.

Beckenminderfront SPD.—Nazis

Der gestrige „Angriff“ veröffentlicht in größter Aufmachung fast eine ganze Seite der wütendsten Verleumdungen gegen die Führung der kommunistischen Partei. Diese Verleumdungen sind, wie der „Angriff“ selbst zugibt, wörtlich der Broschüre des sozialfaschistischen Lumpen Hans Pöhl entnommen. Dieses dreidige Machwerk wurde bekanntlich von den KGB-Führern kostenlos in Berlin an die Mitglieder der Gewerkschaften verteilt.

Nazis und SPD-Führer schöpfen aus einem gemeinsamen Schmutzhaufen, um die kommunistische Partei zu verleumdern. Was sagen dazu die SPD-Arbeiter? Sehen sie jetzt, wie ihre Führer den Nazis in die Hände arbeiten?

SPD mit Ober Sahm gegen die städtischen Arbeiter

Sozialdemokratische Führer für politische Entrechtung in städtischen Betrieben — Antwortet mit roter Einheitsfront aller Arbeiter!

Auf der Sitzung des Stadtgemeindevorschusses am Donnerstag unternahm die kommunistische Fraktion einen Vorstoß gegen eine Verfügung des Oberbürgermeisters, die den städtischen Arbeitern und Beamten verbietet, zu politischen oder gewerkschaftlichen Fragen zu nehmen. Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der die sofortige Beseitigung der Verfügung Sahms fordert, wurde von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Wie der Oberbürgermeister verkantet läßt, habe er die Verfügung abgeändert. Danach ist den städtischen Arbeitern und Beamten wohl gnädigst erlaubt, zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, dagegen streng verboten, sich mit politischen Fragen im Betrieb zu beschäftigen.

Zunächst ist diese abgeänderte Verfügung sehr bedenklich. Welcher Arbeiter ist aber wohl der irrigen Meinung, man könne, ohne politisch zu sein, zum Lohnabbau, zur Arbeitszeitverlängerung oder zu Massenentlassungen Stellung nehmen? Niemand! Auch kein sozialdemokratischer Arbeiter.

Die Verfügung des von der SPD. gestützten Berliner Oberbürgermeisters Sahm bedeutet also so oder so die schlimmste politische Entrechtung der Arbeiter.

Angestellten und Beamten in den städtischen Betrieben. Und wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter in der nächsten Zeit auf Grund dieser Verfügung des Oberbürgermeisters auf die Straße flieht, dann mag er nicht verzeihen, daß die SPD. die politische Entrechtung gestützt und gefördert hat.

Die Haltung der SPD. zu dieser Anordnung Sahms ist leicht zu erklären. Man will auf diese Art verhindern, daß das Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei an alle Arbeiter zur Tat wird.

Die sozialdemokratischen Führer bedienen sich des faschistischen Oberbürgermeisters von Berlin, um zu verhindern, daß eine einheitliche Kampffront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gegen Lohnabbau, gegen Notverordnungs-diktatur zustande kommt.

Städtische Arbeiter! Nehmt überall zu dieser von den SPD.-Führern unterstützten faschistischen Diktaturmaßnahme Stellung.

Bewirklicht den letzten Appell des Zentralkomitees der KPD! Schafft die Rote Einheitsfront aller Arbeiter gegen Hunger, Faschismus und Krieg!

Eine Notiz im „Angriff“ vom Freitag gibt uns Veranlassung,

Heute „Grönland“-Verurteilung

In der Angelegenheit der vor kurzem zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten „Grönland“-Kolonisten findet heute vormittag um 8 Uhr im Neuen Kriminalgericht, Moabit, Turmstraße, Zimmer 371, eine Verurteilungsverhandlung statt, in der Oberprokurator Dr. v. Haeferling die Verurteilung führt.

Ein dreifacher „Vorwärts“-Schwindel

Rote Sportler demonstrieren nur mit der KPD.

Der „Vorwärts“ vom Donnerstag, dem 28. April, ruft auf zur Maidemonstration der SPD.; bei den Unterschriften wird auch das „Arbeiterport- und Kulturkartell“ Berlin genannt.

Das Arbeiterport- und Kulturkartell, welches der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit angeschlossen ist, weist darauf hin, daß das eine bewährte Fälschung ist. Die Arbeiterportler demonstrieren am 1. Mai nicht um 13 Uhr, sondern treffen sich an den Stellplätzen der Kommunistischen Partei und demonstrieren um 15.30 Uhr mit der revolutionären Arbeiterschaft.

Das Arbeiterport- und Kulturkartell Groß-Berlin E. S. wird selbstverständlich vom „Vorwärts“ eine Berichtigung verlangen.

Aufmarschplan der roten Sportler siehe Sportsseite.

Mit Bolldampf für die KPD!

Der Propagandazug von Finkenkrug bis Lehrter Bahnhof

Einem Arbeiterbrief über die Tätigkeit des roten Wahlzuges entnehmen wir:

Am Donnerstag vor der Landtagswahl begrüßten die Siemensarbeiter geradezu begeistert einen Zug, der von Finkenkrug kam und mit folgenden Wahlparolen beschriebener war:

„Für Arbeit und Brot mit der KPD. — Wählt Liste 4.“ — „Nieder mit den Faschisten.“ — „Krieg dem imperialistischen Kriege.“ — „Rot Front!“

Außer diesen, leuchteten auch noch verschiedene andere revolutionäre Losungen, Sowjetsterne usw.

in großen Lettern und Zeichen den ganzen Zug entlang.

Der Bahnverwaltung war es nicht möglich, die Täter zu fassen.

So mußte sie den Zug über Falkensee, Spandau, Fichtenbrunn, Siemensstadt, Jungfernheide, Putzstraße bis Lehrter Bahnhof passieren lassen.

nochmals darauf hinzuweisen, daß die SPD. im Stadtgemeindevorschuss u. a. auch den Dringlichkeitsantrag der Kommunisten über die Aufhebung der Ausweisungsanträge des Magistrats gegen hilfsbedürftige Ausländer ablehnte.

Dieser Antrag sollte verhindern, daß die aus den Klauen Mussolinis und Horthy's geflüchteten Arbeiter ihren faschistischen Herrn wieder ausgeliefert werden. Daß die Nazis diesen Antrag ablehnen würden, darüber bestand wohl bei keinem revolutionären Arbeiter Zweifel.

Daß die Sozialdemokraten dafür stimmen, daß verfolgte

Arbeiter ihren faschistischen Herrn wieder ausgeliefert werden,

das haben wohl viele sozialdemokratische Arbeiter nicht erwartet. Sie sind jetzt belehrt worden. Der „Angriff“ lobt die Haltung des Stadtgemeindevorschusses gegen diesen Antrag. Er lobt die Tat der sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtgemeindevorschusses. Das ist für die SPD.-Arbeiter eine gute Lehre. Auch an diesem Beispiel müssen sie begreifen, was für ein erbärmlicher Schwindel es ist, wenn die SPD.-Führer vom „Kampf gegen den Faschismus“ reden.

Mieterversammlung gründet Schutzstaffel

Die Arbeiter der Kleinen Andreasstraße in der antifaschistischen Front

In der Kleinen Andreasstraße wurde in einer Mieterversammlung eine antifaschistische Schutzstaffel gegründet. In dieser Straße hatten, wie wir bereits mitteilten, die Nazis in der Woche vor der Landtagswahl ständig provoziert, was die Polizei infolge des Massenprotestes der Bewohner zum Anlaß nahm, mit Karabinern in die einzelnen Wohnungen einzudringen und die roten Fahnen herunterzuholen. Noch fester haben sich jetzt die proletarischen Mieter zum antifaschistischen Kampf zusammengeschlossen.

Für Dienstag war eine Protestversammlung einberufen worden. Eine Delegation wurde bestimmt, die beim Polizeipräsidenten die Herausgabe der beschlagnahmten roten Fahnen forderte.

Als Wichtigstes gelangte eine Resolution zur Annahme, der wir entnehmen:

„Die öffentliche Mieterversammlung erhebt den schärfsten Protest gegen die Provokationen der Nationalsozialisten in der Kleinen Andreasstraße.“

Nach einem Protest gegen das Verhalten der Polizei heißt es in der Resolution weiter: „Um den Kampf gegen den Naziterror voll aufnehmen zu können, verspricht die öffentliche Mieterversammlung in der Kleinen Andreasstraße, eine antifaschistische Schutzstaffel zu gründen, die sich die Aufgabe stellt,

die Sicherheit der Arbeiterschaft in der Kleinen Andreasstraße zu gewährleisten.“

Alle Mieter in der Kleinen Andreasstraße, ob organisiert, ob in der SPD., ob nicht politisch organisiert, werden aufgefordert, in diese Schutzstaffel gegen den Naziterror einzutreten.“

Der Nazi-Fememord in Steglitz

Der Tod des Bautechnikers Freed aufgeklärt — Drei SA-Banditen schlugen den Wehrlosen tot

Wie die „Rote Fahne“ bereits am Freitag berichtete, hat der Mord an dem Bautechniker Freed in Steglitz keine Aufklärung gefunden. Drei SA-Leute, der 21jährige Angestellte Egon Seibel, der 28 Jahre alte Akademiker Soldau und der 21jährige Schmied Hans Zwielincki sind als Täter verhaftet worden und geständig. Die Banditen haben einen regelrechten Fememord verübt.

Der Bautechniker Hugo Freed ist politisch nirgends organisiert. In der Nacht vom 23. zum 24. April besand er sich in Steglitz auf einer sogenannten Kneiptour. Dabei geriet er auch in eine SA-Kneipe. Den hier verkehrenden Nazis war er nicht ganz unbekannt. Freed hatte öfter auch an den vorhergehenden Tagen hier sein Glas Bier getrunken, wie er es auch in anderen Lokalen getan hatte. Für die Nazis wurde Freed daher zu einem „Verdächtigen“. Die angeblich verbotene SA lag ihm auf den Fersen. Als die Halenkrenzler dabei beobachteten, daß Freed auch mal ein Arbeiterlosal aussäute, stand für sie fest: das ist ein „Kommunist!“ und der muß umgelegt werden.

Als Freed in der Nacht zum Wahlfesttag gewohnheitsgemäß wieder die Nazikneipe aufsuchte, und sich kurz vor der Polizeistunde entfernte, folgten ihm die drei Nazis Soldau, Seibel und Zwielincki.

In der Birkenstraße versteckten sie sich hinter der Bahnüberführung und warteten auf ihr Opfer.

Als Freed vorbeikam, hängten alle drei in nichthilfcher Mordlust über den wehrlosen schwachen Menschen her und prügelten ihn bewußtlos.

Dann packten sie den Leblosen und warfen ihn wie ein Stück Fleisch über den Zaun auf die Bahndämmung. Auf diese Weise glaubten die Halben vom Halenkrenz die Spur verwischen zu können.

Es ist wahrscheinlich, daß nicht nur die drei, sondern noch mehrere Halenkrenzler an diesem brutalen Mord beteiligt waren. Für die Arbeiterschaft ist dieser aufreizende Vorfall die dringendste Mahnung, sich im roten antifaschistischen Massenelbisch zusammenzuschließen. Reichsbanner- und kommunistische Arbeiter müssen geschlossen dem Terror dieses braunen Verbrechergesindels vom Halenkrenz entgegenreten.

SWP.-Arbeiter, in welche Front?

Sendewitz ruft zur gemeinsamen Demonstration mit der Hindenburg-SPD. — Wir rufen euch zum Kampfaufmarsch am 1. Mai unter den roten Fahnen Lenins, Liebknechts und Luxemburgs!

Was wir gestern bereits andeuteten, ist zur Tatsache geworden. Die SWP. ruft in Berlin zur gemeinsamen Demonstration mit der Hindenburg-SPD. auf. Die verbrecherischen SWP.-Führer wagen es nicht, ihren Mitgliedern zu sagen, daß mit diesem Aufruf sich die Sendewitzette offen in die Front der Hindenburg-SPD. einreißt. Sie versuchen die ehesten revolutionären Arbeiter der SWP. mit der lauten Ansrede einzufangen, daß es sich um eine Demonstration der freien Gewerkschaften handle.

Mit diesem Beschluß wollen die SWP.-Führer ihre Mitglieder zwingen, unter den schwarzrotgoldenen Fahnen der Hindenburg-Republik zu demonstrieren. Die revolutionär gestimmten SWP.-Arbeiter sollen gemeinsam mit der „Eisernen“ Hindenburgfront im Lustgarten für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems aufmarschieren. Sie sollen aufmarschieren mit der Partei des Sozialdemokraten Erzefinski, der das Mitführen von Transparenten gegen den Lohnabbau und gegen den Faschismus am 1. Mai verboten hat. Sehen die SWP.-Arbeiter jetzt, daß wir Kommunisten im Recht waren und sind, als wir die schändliche Zurechtwärtigkeit der Sendewitz für die Notverordnungs-SPD. anprangerten?

Wir rufen die Arbeiter der SWP. auf, die zum gemeinsamen Kampf gegen Halenkrenzfaschismus, gegen Notverordnungs-diktatur, gegen Lohn- und Unterscheidungsabbau bereit sind:

demonstrieren in der roten Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei! Unser Kampfaufmarsch am 1. Mai ist eine Demonstration gegen die neuen Anschläge auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. Darum kann es für jeden Massenbewußten SWP.-Arbeiter auf den verräterischen Aufruf der Sendewitz nur eine Antwort geben:

Am 1. Mai keinen Schritt mit der Jörgiebel-Partei! Jeder SWP.-Arbeiter demonstriert beim Kampfaufmarsch mit der KPD. unter den Fahnen Lenins, Liebknechts und Luxemburgs.

Betriebsrätebildung der graphischen Industrie

Auf Anregung von Betriebsräten der Firmen Illstein, Eisner, H. S. Hermann und Reichsdruckerei fand gestern abend eine Sitzung der Betriebsräte der graphischen Industrie statt. Gegen eine Stimme wurde eine Resolution angenommen zum Kampf gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Lohn- und Manteltarifs und für eine Reihe Forderungen der graphischen Arbeiter. Wir werden über diese wichtige Sitzung noch ausführlich berichten.

Flagge rot zum 1. Mai!

Polizei verbietet

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei hatte die Genehmigung mehrerer Transparente für den Kampfmarsch am 1. Mai bei der Polizei gesordert. Eine ganze Anzahl Transparente wurden von der Polizei Gezecknis verboten. Sehr lehrreich für viele Arbeiter sind die Begründungen.

„Verteidigt die Sowjetunion! Hände weg von China!“ wurde nicht gestattet u. a. mit dem Bemerkten, was man denn in Berlin damit zu tun hätte.

Die Parolen: „Sowjetdeutschland befreit Young-Tribute“ und „Kämpft für ein freies sozialistisches Vaterland!“ wurden verboten, weil ihre Verwirklichung laut Reichsgerichtsurteil nur durch Hochverrat möglich sei und die Polizei könne doch keinen Hochverrat genehmigen.

Das Schnellgericht gegen Antifaschisten

Verlogener Nazispitzel als Zeuge — Drei Monate für einen Arbeiter

Noch in aller Arbeiter Erinnerung sind die Provokationen und Ueberfälle der Nazis im roten Osten Berlins — aber dem Schnellhöfengericht in Moabit ist das natürlich unbekannt. Darum schickte es gestern den Arbeiter Hermann, einen Antifaschisten, auf drei Monate ins Gefängnis wegen „Landfriedensbruchs“.

Am 3. April hatten sich infolge der Naziprovokationen vor dem Lokal Sauer in der Grapiusstraße Ansammlungen von Arbeitern gebildet, die gegen den Naziterror protestierten. Die beiden Arbeiter Hermann und der mitangeklagte, aber freigesprochene, Kelske, kamen an dem Lokal in einem Augenblick vorbei, als aus der Menge einige Steine in die Scheiben des Lokals geworfen wurden. In der Verhandlung wurde der Nazispitzel Steinhauer, gegen den bereits Anzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigungen im Reichs-Prozess erstattet ist, eidlich vernommen. Jawohl, auf solche Aussagen hin muß jetzt wieder ein Klassenkämpfer hinter Gefängnisgitter.

25 gegen 4

Nazis maßen sich Polizeirechte an!

Eine unerhörte Naziprovokation ereignete sich in der Nacht zum Freitag. Am Vorfließweg, Holsteiner Ufer, wurden vier Jungarbeiter von 25 Nazis überfallen, niedergeprügelt und von den Banden zur nächsten Wache in der Bevekerstraße geschleppt. Dort denunzierten die Nazis die vier Jungarbeiter, diese hätten Plakate geliebt. Die Polizei entsprach dem Wunsche der Nazis, die hier selbständig als Polizei aufgetreten waren und verhaftete die Jungarbeiter. So leisteten die Nazis der Severing-Polizei Disziplin.

Ein Bravo den roten Zeitungsboten!

Der rote Wahlauschuh der Zeitungsboten und Speditoren hat in erfolgreicher Weise die roten Zeitungsboten mobilisiert. Diesen Wahlhelfern war es möglich, an einem Tage von den Lesern der Arbeiterpresse für den Wahlfonds 2229,51 Mark

zu sammeln. Mit diesem schönen Erfolg haben die Boten der Arbeiterpresse gezeigt, daß sie aufs engste mit den Lesern verbunden sind, und daß sie alles daransetzen, um den Kampf der revolutionären Arbeiterklasse vorwärtszutreiben und die finanziellen Mittel dafür zu beschaffen.

Die Leser haben ihre Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei gezeigt und trotz ihrer eigenen Notlage für den Wahlfonds der KPD. gespendet.

Unseren revolutionären Dank den Zeitungsboten und Lesern der Arbeiterpresse.

Wie wird das Wetter?

Ein wenig kühleres und wolkigeres Wetter mit Gewitterneigung.

Kolonist Hohmann klagt an

Wie Hohmann von der Polizei verhaftet wurde — Nazischwindel restlos widerlegt

Gestern wurden im Felsenck-Prozess die angeklagten Laubekolonisten Hohmann und Düring vernommen. Im Gegensatz zu dem Gewinsel der Fakenkreuzler sind ihre Aussagen klar und überzeugend. Der letzte Rest der Nazilügen wird durch die wahrheitsgemäßen Schilderungen Hohmanns und Dürings vollkommen widerlegt.

Die Staatsanwaltschaft macht u. a. auch einen Vorfall am 15. Januar zum Gegenstand der Anklage gegen die Kolonisten. Die Fakenkreuzler versuchen sich mit der Behauptung zu entschuldigen, sie seien vorher von „Kommune“ öfter überfallen worden. Gestern wurden die Behauptungen der Nazis als purer Schwindel entlarvt.

Am 15. Januar wurde Düring in der Winterstraße mit noch einem anderen Arbeiter von Nazis überfallen. Einer der Angegriffenen lag schon an der Erde. Der vorbeikommende Hohmann eilte sofort mit noch mehreren Arbeitern den Ueberfallenen zu Hilfe.

„Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterklasse von Reichendorf nicht von den Nazis terrorisieren läßt“, sagt Hohmann. Da die Fakenkreuzler in der Uebermacht waren, mußten sich

die Arbeiter zurückziehen. Hohmann wurde niedergeschlagen und von den braunen Strolchen mit Fahrradketten und Koppeln bearbeitet. Ein Nazi brüllte los: „Das ist ja Hohmann!“

Die anderen forderten in nicht mißzuverstehender Weise mit Worten: „Trittretet“ auf, Hohmann zu ermorden. Nur die Kühnheit der Kameraden Hohmanns verhinderte diese Missetat.

Zu den Vorfällen am 18. Januar in der Kolonie Felsenck berichtet Hohmann folgendes: Als er sich mit noch mehreren Kampfbundkameraden, von einer Versammlung aus Glienicke kommend, auf dem Heimweg befand, hörten sie am Bahnhof Reichendorf-Kosenthal etwa 12 bis 15 Schüsse krachen. In dunkler Ahnung beschleunigten sie ihre Schritte. Als ihnen dann zwei Nazis auf Fahrrädern entgegenkamen, hatten sie keinen Zweifel mehr, daß die Nazis ihre Drohung heute wahrgemacht haben.

Als Hohmann seine Laube erreichte, fand er seine Ahnung bestätigt.

Seine Frau rief ihm entgegen: „Fritz Klemke ist tot.“ Vom Schmerz um den verlorenen Kameraden aufgeweicht, rannia er mit erhobenen Fäusten auf eine Menschengruppe, die er für Nazis hielt, zu.

„Hände hoch!“ wurde plötzlich gerufen, und Hohmann wurde von der Polizei verhaftet.

Kündigung treibt Eisenbahner in den Tod

Junger Arbeiter von Bahnmesserei 13 erhängt sich — Entlassungswelle bei der Reichsbahn

Die rückwärtslose Nationalisierung bei der Reichsbahn hat wiederum ein Todesopfer gefordert. Weil er entlassen werden sollte, hat der 22 Jahre alte Bahnunterhaltungsarbeiter Emil Gih von der Bahnmesserei 13, Janowitzbrücke, sich am Donnerstagnachmittag in seiner Wohnung in der Wilhelmshagenener Straße 55 erhängt.

Bei einem Hungerlohn von 28 Mark für sechs Arbeitstage ist die wirtschaftliche Lage der Streckenarbeiter, zu denen Gih gehörte, ohnehin schon unerträglich. Die Arbeitsintensität ist aus höchste gesteigert. Die Reichsbahn aber, die besondere Zustimmung des Reiches keine Stammarbeiter entlassen dürfte, wirft sie dennoch unter allen Umständen auf die Straße, indem sie die Stammarbeiter zurücksetzt auf Zeitarbeiter.

So wurde auch dem Arbeiter Gih, den man nach Fürstebrunn versetzen wollte, ein Revers zur Unterschrift als Zeitarbeiter vorgelegt. Die Unterzeichnung des Reverses bedeutete nichts anderes, als die eigene Zustimmung, bis spätestens 31. Oktober entlassen zu werden. Gih unterschrieb den Revers nicht.

Prompt stellte ihm die Reichsbahn die Kündigung zum 10. Mai zu.

Das traf den Arbeiter schwer. Seine Kollegen trafen Gih noch nach Feierabend niedergeschlagen im Aufenhaltsraum seiner Arbeitsstelle an. Erschüttert, blah geworden von der drohenden Erwerbslosigkeit, schweig er auf die Fragen seiner Kollegen. Aus dem Aufenhaltsraum nahm er schweigend ein Handtuch mit. Und während zu Hause seine Schwester die Kartoffeln für das Mittagessen kochte, ging Gih in das Nebenzimmer und erhängte sich hinterm Ofen.

„Das hängen Sie dem Polizeioberst auf...“

„Du mußt dafür sorgen, daß das, was der Alte bestellt, vom Gast bezahlt wird, sonst bist du nicht tüchtig!“

Diesen famosen Leitspruch bekommt fast jeder Kellner von seinen Kollegen mitgeteilt, wenn er im Pilsner-Haus, Friedrichstraße 165 zu „adern“ anfängt und über den Stammtischdienst instruiert wird. Der „Alte“ ist Herr Willi Saeger, der ein überaus strenges Regiment führt.

Herr Saeger ist jetzt von einem Kellner vor dem Arbeitsgericht verklagt worden. In der Verhandlung wird der zu Anfang erwähnte Spruch die Hauptrolle spielen. Die Sache kam nämlich so:

Eines schönen Abends, die Polizeistunde rückte bedenklich näher, da sah der „Alte“ mit drei Bekannten am Stammtisch. Lage kam auf Lage. Die Herren brachten sich den Dreck um den nächsten Tag kimmern und vor allem nicht um die Höhe der Zechen.

Es wurde drei, es wurde vier Uhr. Keiner der Herren rührte sich, um den Heimweg anzutreten. Man hatte eben noch nicht die

nötige Bettstühle, und vor der Polizei brauchte man auch keine Angst haben. Zu was sah denn schließlich der Polizeioberst des Bezirks Tiergarten mitten unter der frühlichen Zechenschar?

Wo Herr Saeger mußte wohl oder übel auch „was schmeißen“. Biermal vier Bier und vier Zigaretten ließ er anfahren. „Das geht auf meine Rechnung“, meinte er, unterschrieb auch dem Kellner die Bons, sagte ihm aber zwischen durch: „Das hängen Sie dem Oberst auf, die Bons geben sie mir nachher zurück.“

Der Kellner führte alle Befehle aus. Nur folgte er nicht dem werten Herzen seines teuflischen Unternehmers, an die Zechen des vollständig seltsamen Polizeiobersten, der sogar ein Schwager des Polizeikommandeurs Heimannsberg sein soll, auch noch die Zechen des Saeger anzuhängen. Er bezahlte die 7,50 Mark aus seiner eigenen Tasche, um eventuelle Belcidigungen oder sogar Tatllichkeiten aus dem Wege zu gehen.

Kurze Zeit später wurde er entlassen. Der Kellner forderte sofort die von ihm ausgelegte Summe zurück, um die er den Obersten nicht hatte betrogen wollen. Er hat sie bis heute noch nicht. Der Prozeß wird sicher noch mehr Mißstände in diesen Betrieben aufdecken.



17. Fortsetzung. Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Der Gezeite ag schweigend sein Frühstücksbrot auf und erklärte, indem er sein Taschmesser aufklappte: „Damit Sie es wissen, ich werde eine Beschwerde loslassen!“

Er war ein „Mann der Tat“. Zwei Tage später wurde Luise zum diensttuenden Offizier gerufen, der ihr die Beschwerde vorlegte.

„Na, was sagen Sie dazu?“ näselte er.

Luise hob den Kopf auf den Tisch zurück und erklärte gelassen: „Halten Sie davon, was Sie wollen. Ich habe hier soviel gesehen, was menschenunwürdig ist, daß mich dieses Geschreibsel vollkommen kalt läßt!“

Der Leutnant sah verduht drein. Er war so perplex, daß sein Gesicht, welches Empörung ausdrücken sollte, eher wie ein plötzlich geohrteigtes aussah.

Bon jetzt ab war Luise allen Schikanen ausgesetzt. Der Gezeite verfolgte ihre Handlungen, ihre Schritte über die Straße wie ein Spiege. Da kam die Meldung, daß des Nachts hinter dem Dorfe ein Auto gehalten habe, welches seine Lampen so umstellte, daß der Schein gegen den Himmel strahlte. Kurze Zeit darauf waren feindliche Flieger beobachtet worden, die über den Ort, über die Lage des Lebensmittels- und Munitionsbepots und des russischen Gefangenenlagers Erkundigungen eingehogen hatten. Da der Kommandantur arbeitete man fieberhaft. Was ging da vor? Was hatte das zu bedeuten? Andern Tags wurden zwei Französinen unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Luise konnte sie.

„Was ist los mit den Frauen?“

Der Gezeite grinste: „Sie haben hinter ihrem Haus weiße Wäsche auf den Rasen gelegt!“

„Na und?“

„Sie können sich gar nichts dabei denken, was? Luise schüttelte den Kopf. „Warum sollen Sie das nicht?“

„Weil sie damit den feindlichen Fliegern Nachrichten geben!“

„Das glauben sie doch selber nicht! Die Frauen sind viel zu harmlos, um spionageverdächtig zu sein!“

„Genau so harmlos wie Sie!“

Luise fuhr auf. „Was wollen Sie damit sagen?“

„Daß die Frauen genau so harmlos tun wie Sie!“ Die Augen des Gezeiten funkelten argwöhnisch, und seine Mundwinkel zogen sich ironisch nach unten. Luise konnte sich nicht mehr beherrsigen.

Sie schrie ihn an: „Sie gemeiner Kerl, Sie!“

„Danke für das Kompliment! Aber gemeiner sind Sie!“

Luise drehte sich blitzschnell herum und gab dem Burischen eine schallende Ohrfeige. In diesem Moment kam der Feldwebel ins Zimmer.

„Was geht hier vor?“, fragte er. Luise war außer sich. Vor Erregung traten ihr Tränen in die Augen. „Der Kerl da verdächtigt mich — ich — ich habe nur gesagt, daß die verhafteten französischen Frauen viel zu harmlos sind, um spionageverdächtig zu sein, da —“

„Na, wenn es nach Ihnen ginge, dann wären die Franzosenweiber alle Engel und beileibe nicht unsere Feinde!“ schnitt ihr der Feldwebel das Wort ab.

„Aber ich bin fest davon überzeugt, daß die französischen Frauen, die ich kenne, nicht spionageverdächtig sind. Sie hassen zwar den Krieg, weil er ihnen ihre Männer genommen hat, aber es ist ihnen ganz gleich, ob die Deutschen oder Franzosen gewinnen werden! Sie sind zu unrecht verhaftet worden!“

„Na, vielleicht müssen die Spione wo anders gefunden werden“, meinte wegwerfend der Gezeite.

Luise fuhr zum Feldwebel gewandt fort:

„Das glaubt doch niemand, daß die feindlichen Flieger des Nachts aus tausend Meter Höhe feststellen können, ob unten irgendwo weiße Wäsche liegt. Da müßten sie ja verdammt gute Augen haben.“

Der Leutnant, der Luise rufen ließ, erklärte am Schluß des Verfahrens: „Das trifft ja merkwürdig mit der neulichsten Beschwerde zusammen!“

Man untersagte Luise nunmehr offiziell den Verkehr mit den Franzosen, und hielt sie zweifellos für spionageverdächtig.

Das war um die Zeit, als sie ungefähr drei Monate drauhen war. Als sie wieder einmal nach Bouglers, wie fast immer in regelmäßigen Abständen von drei Wochen, mit den Helfertinnen aus anderen Orten zur ärztlichen Untersuchung beordert wurde, bekam sie einen Ekkel vor dem Ganzen. Nach dem Impfen gegen Typhus und Bocken stellte sich bei ihr jedesmal Fieber ein und sie mußte ein paar Tage das Bett hüten. In dieser erzwungenen Ruhe, in der die Widerwärtigkeiten, die Ungerechtigkeiten gegen die Besoffenen, die Schikanen der Offiziere und besonders des Gezeiten in der Kommandantur an ihrem Auge vorüberzogen, packte sie das Heimweh. Die Sehnsucht nach der Mutter und nach allem, was sie zurückgelassen hatte. Sie dachte an die Jugendarbeiten — Paul hatte ihr noch immer nicht geschrieben — und wie es wohl mit der Arbeit aussehen würde.

Sie entschloß sich, sofort in Koblenz Urlaub zu beantragen. Der Gedanke, in der Heimat wieder Arbeit zu suchen und nicht mehr zurückzukehren, verdichtete sich.

Vorkünftig war es ihr miserabel zu Mut. Sie konnte des Nachts nicht mehr schlafen. Die Flieger, die auf ihren Erkundungsfahrten in der Nacht Brigg immer häufiger überflogen, nahmen ihre Gedanken mit fort in die vordersten Schützengräben, wo die Soldaten im Schlaf und Dreck auf höherem Befehl sich gegenseitig nach dem Leben trachteten.

Sie brauchte einige Pulver gegen Kopfschmerzen und suchte deshalb das „Revier“ auf. Dort machte sie einige ihr erstaunlich schneidende Feststellungen.

Das Revier, das seinen Sitz in zwei großen Räumen der Schule aufgeschlagen hatte, war überfüllt von allerlei Kranken und Leichtverwundeten, die gleichzeitig mit der sogenannten Pflege ihre Ruhetage erleben sollten, bis sie wieder soweit hergestellt waren, um in den freijenden Schlund, in dem gierigen Rauchen der Front geworfen zu werden.

Fast alle diese Kranken und Verwundeten hatten es gründlich satt, weiterhin mit dem Gedanken, ja, mit der festen Ueberzeugung leben zu müssen, daß es sie doch einmal „erwischen“ würde.

Sie trugen sich mit der festen Absicht, ihr Schicksal nach Möglichkeit selbst zu bestimmen, und spielten deshalb „göttliche Vorsehung“. Der liebe Gott, diese imaginäre Größe, der war ja, wie sie sagten, „im Stacksicht hängen geduldet“.

(Fortsetzung folgt)

Buchdrucker-Schiedspruch vor Stegerwald

Unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. Dobberlein fanden am 25. April im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verbindlichkeit des Schiedspruches gegen die Buchdrucker zur Verschlechterung des Manteltariffes statt, die von den Unternehmern beantragt worden war. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, jetzt soll Stegerwald selbst über die Verbindlichkeitsklärung entscheiden.

Heute sollen gleichzeitig die Verhandlungen über den Neuaufschlag des Lohnabbauforderungen werden. Auch hier ist zu erwarten, daß die Unternehmer Lohnabbauforderungen stellen. Ueber die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches gegen die Hilfsarbeiter sind gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen durchgeführt worden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Die Unternehmer werden zweifellos ihre Forderungen durchsetzen, wenn nicht die graphischen Arbeiter sofort alle Vorbereitungen treffen, um ihnen mit der Waffe des Streiks entgegenzutreten. Die roten Betriebsräte und die RGD-Kollegen müssen sofort an die Funktionäre der reformistischen Verbände und an die reformistischen Betriebsräte herantreten, um sie für die Aufstellung gemeinsamer Mobilisierungspläne für die Durchführung gemeinsamer Betriebsversammlungen und für die Wahl einheitlicher Kampfausschüsse zu gewinnen.

Der Verrat an den Rotationsdruckern

Die auf Beschluß der Berliner Rotationsdrucker in 11 Betrieben durchgeführte Abstimmung gegen die ungeheuren Verschlechterungen des Manteltariffs für das Buchdruckgewerbe, hatte ein für die Gewerkschaftsbürokratie überraschendes Ergebnis. Von insgesamt 700 in den Betrieben beschäftigten Kollegen, beteiligten sich 624 an der Abstimmung. (Um ein einworfrees Bild bei der Streikabstimmung zu haben, beteiligten sich die erwerbslosen Mitglieder der Sparte nicht an der Abstimmung.) Für Streik erklärten sich 520 Kollegen, während 97 dagegen stimmten und 7 Kollegen sich der Stimme enthielten.

Alle Kollegen aber, die, als sie zu der Versammlung in der vorigen Woche kamen, nur die Proklamierung und Sanktionierung des Streiks durch die Gruppenleitung erwarteten, mußten sich überzeugen, wie richtig die Parole der RGD ist: „Nehmt euer Gesicht in eure eigenen Hände! Schenkt den Gewerkschaftsbürokraten, die euch mit radikalen Phrasen an der Organisierung des Kampfes hindern wollen, kein Vertrauen!“ Mit der Taktik, durch endlose Diskussion die Versammlung zu ermüden und durch das Hineintragen von zersetzenden Parolen, versuchte die Gruppenleitung die Kollegen aus den einzelnen Betrieben gegeneinander auszuspielen. So wurde die Lösung des „Bewilligungstreifs“ ausgegeben, das bedeutet, daß die Kollegen, dort weiter arbeiten sollen, wo die Unternehmer Zugeständnisse gemacht haben. Die Rotationsdrucker wissen aus Erfahrung, daß das nur zur Zersplitterung der einheitlichen Kampffront führen kann. Als die Kollegen jedoch merkten, daß die Kollegen bei ihrem Entschluß, sofort den Streik auszulösen, blieben, griffen sie zu einem anderen Mittel. Vor der Abstimmung über Streikauslösung erklärte der 1. Vorsitzende Kraus, daß er die Abstimmung nicht vornehmen werde — er müsse sich schämen vor den Kassenschätzern der Organisation stellen — und legte den Vorsitz nieder. Richtig erkannten die Kollegen, daß die Bürokraten nicht daran denken, wirklich einen Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Hejzel von Scherl erklärte demagogisch: „Am alten Manteltarif haben wir ja nichts auszusetzen, aber am neuen — und der tritt ja erst am 1. Mai in Kraft — also können wir doch jetzt noch nichts dagegen unternehmen.“

Hieraus müssen die Kollegen die richtige Lehre ziehen. Sie dürfen keineswegs so handeln, wie es die Kollegen in der ersten Empörung zum Ausdruck brachten, indem sie ihre Funktion als Vertrauensleute niederlegen wollten. Das würde den Gewerkschaftsbürokraten gerade recht sein. Jetzt muß in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf geschaffen werden.

Wählt euch eine neue Gruppenleitung aus oppositionellen Kollegen, die schon in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie sich in der Ausübung ihrer Funktion rücksichtslos für die Vertretung der Arbeiterinteressen einsetzen!

In jedem einzelnen Betrieb muß jetzt der Kampf organisiert werden gegen jede Verschlechterung tariflicher und übertariflicher Positionen!

- Schafft euch eigene Kampfleitungen in jedem Betrieb!
- Schließt das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen!
- Treibt ein für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich, um so für die Erwerbslosen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen!
- Duldet nicht länger eine Verbands- und Gruppenleitung, die den Arbeiterverrat auf ihre Fahnen geschrieben hat!
- Kämpft gemeinsam mit der RGD. Graphik für eure Forderungen!

Am 1. Mai kein Handschlag für die bürgerliche Presse!

Die bürgerlichen Druckereien versuchen, ihre Montagspresse am 1. Mai fertigstellen und vertreiben zu lassen. Die Parole für alle graphischen Arbeiter, Boten und Zeitungsfahrer am 1. Mai ist: Kein Handschlag für die bürgerliche Presse!

Waldburg, 27. April. Heute morgen haben 50 Bergarbeiter die Kündigungen ihres Arbeitsverhältnisses zugestellt bekommen. Die Verwaltung hat weitere Massenentlassungen angekündigt.

Alle Bauarbeiter sammeln sich zum 1. Mai

Mittags in den Bezirkslokalen des BVB. — Mitglieder erhalten dort ihren Maifestemp. Von dort gehen sie zu dem Stellplatz ihres Unterbezirks und marschieren im Zuge der RGD.

Alle revolutionären Leitergerüstbauer gleich welcher Organisationszugehörigkeit, treffen sich am 1. Mai genau um 14 Uhr bei Schulz, Elisabethstr. 38, zur Teilnahme an der Maidemonstration.

Die RGD zum 1. Mai

Ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder — Schutz der Sowjetunion, unerbittlicher Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien — Nieder mit der kapitalistischen Sklaverei!

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt einen Aufruf an die Proletarier aller Länder zum 1. Mai 1932. Der Aufruf schildert die gegenwärtige Katastrophe des versenkenden Kapitalismus. Die Kapitalisten versuchen, die gesamte Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Aber nicht genug damit, immer mehr betreten die Kapitalisten den Weg eines neuen Weltkrieges. Ihr ganzer Haß wendet sich gegen das Land der Diktatur des Proletariats, gegen die Sowjetunion, gegen das Land ohne Erwerbslose, gegen das Land des sozialistischen Aufbaues. „Proletarier aller Länder“ — ruft der Aufruf — „bereitet die konterrevolutionären Pläne und die kriegerischen Absichten der Bourgeoisie... Entlarvt und vereitelt im praktischen Kampf die täglichen Kriegsrüstungen der Imperialisten. Verhindert den Transport von Waffen und Munition für die Imperialisten.“

Der Aufruf appelliert an die Arbeiterschaft, durch unermüdliche Tageskämpfe den Angriff der Bourgeoisie zurückzuschlagen und zum Gegenangriff überzugehen. „Im zähen Klassenkampf treten der Bourgeoisie keine einzige von euren Eroberungen ab, keinen Groschen vom Lohn, keinen Pfennig von der Arbeitslosenunterstützung, keines von euren Rechten, sich zu organisieren,

um das Kapital und seine Staatsmacht energisch zu bekämpfen, geht zu einem Gegenangriff über.“

Der Aufruf schildert die Rolle der Reformisten in der Arbeiterbewegung, die die Politik der Unterwerfung der Arbeiterklasse und der Erdrosselung ihrer Kämpfe betreiben. „Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten zer schlagen die proletarische Front, würgen die Streiks ab, predigen die „Theorie“ von der Unmöglichkeit von Wirtschaftskämpfen zur Zeit einer Krise, helfen der Bourgeoisie einen imperialistischen Krieg vorzubereiten, erleichtern ihr auf jede mögliche Weise die Vorbereitung einer Intervention durch schmutzige Verleumdung der USSR.“ Der Weg der reformistischen Gewerkschaftsführer führt zur Herrschaft des nackten Faschismus. Der Aufruf appelliert an die Arbeitermassen in den Gewerkschaften:

„Arbeiter! Folgt die reformistischen Führer, die Gewerkschaftsbürokraten und Beamten, entlarvt sie, entfernt sie von all ihren Posten, erobert die organisierten Arbeiter, die Mitglieder der reformistischen und der sonstigen reaktionären Verbände. Festigt die revolutionären Verbände, festigt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.“

Einheitsfrontangebot der roten Betriebsräte bei der Deutschen Reichsbahn

Christen und Reformisten lehnen ab — Schließt die Einheitsfront auf den Betriebsstellen!

Daß es den Anhängern der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit der Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter bitter ernst ist, zeigte auch der Verlauf der Sitzung des Hauptbetriebsrates der Deutschen Reichsbahn vom Donnerstag, dem 28. April. Die roten Betriebsräte benutzten diese Sitzung, um in aller Offenheit und Aufrichtigkeit die Frage der Schaffung der Einheitsfront aller Eisenbahner zu stellen.

Der Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn besteht in seiner Mehrheit aus reformistischen und christlichen Betriebsräten, die oft mit undemokratischen Mitteln das Auftreten der roten Betriebsräte in den Sitzungen zu hindern versuchen. Allerdings ist jetzt die Stimmung in den großen Massen der Eisenbahner eine solche, daß unsere Kollegen im Hauptbetriebsrat am Donnerstag ungestört sehr eingehend ihre Vorschläge vortragen konnten. Fast eine Stunde lang sprach der Redner der Opposition über den Weg, den die Eisenbahner gehen müssen.

Die Eisenbahnverwaltung plant einen weiteren Abbau von 50 000 bis 60 000 Kollegen. Neben diesem Abbau sollen Feierlichkeiten in großem Ausmaß eingeführt werden. Zu gleicher Zeit zwingt man aber über 400 000 Eisenbahner zu Arbeitszeiten von über 48 bis 93 Stunden in der Woche. Dazu kommt noch, daß die Verwaltung im Begriff ist, in allen Dienstzweigen, wo im Geding gearbeitet wird, Stützzeit-Reduzierungen durchzuführen. In einer Verhandlung mit dem Hauptbeamtenrat und den Gewerkschaften kündigte die Generaldirektion einen weiteren direkten Lohn- und Gehaltsabbau an. Man versucht, alles mit der schlechten Wirtschaftslage zu begründen. Eben meldet aber die Presse, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft für das Jahr 1931 7 Prozent Dividenden auf die Vorzugsaktien gezahlt hat. Für die höheren Beamten sind Kniegehälter da, für Korruptionszulagen, für die

Technische Nothilfe, für Panzerzüge, hat die Reichsbahn Millionen übrig. Die Schwerindustrie und ihre Presse bekommen von der Reichsbahn Subventionen und die Nazibewegung wird von der Verwaltungsbürokratie begünstigt. Nur für die Arbeiter und unteren Angestellten ist kein Geld da.

Die roten Betriebsräte schlugen dem Hauptbetriebsrat ein klar formuliertes Kampfprogramm von 10 Punkten vor. In jeder Dienststelle, in allen unteren Gewerkschaftseinheiten sollen Versammlungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten einberufen werden. Ueberall soll zur drohenden Lage Stellung genommen und organisatorische Voraussetzungen zur Organisierung des Kampfes der Eisenbahner geschaffen werden. In jeder Dienststelle sollen auf breiter Einheitsfrontgrundlage Ausschüsse gewählt werden. Der Hauptbetriebsrat soll sich mit einem diesbezüglichen Aufruf an alle Eisenbahner wenden. Der Entwurf eines solchen Aufrufs wurde von den roten Betriebsräten schriftlich vorgelegt.

Die reformistisch-christliche Mehrheit des Hauptbetriebsrates lehnte den Vorschlag der roten Betriebsräte ab. Das zeigt, daß die reformistischen und christlichen Betriebsratsmitglieder des Hauptbetriebsrates genau so wie die Führer der Eisenbahngewerkschaften die Maßnahmen der Hauptverwaltung unterstützen. Wir sind aber überzeugt, daß die großen Massen der Eisenbahnarbeiter und Beamten wie auch die Betriebsräte auf den Dienststellen, den Vorschlag der roten Betriebsräte begrüßen. Es ist notwendig, sofort in Versammlungen zum Verhalten des Hauptbetriebsrates Stellung zu nehmen, es ist notwendig, daß in diesen Versammlungen das Kampfprogramm der roten Betriebsräte zum Gemeingut der Kollegen wird. Das Kampfprogramm muß in die Tat umgesetzt werden.

Tieg schafft Koalitionsrecht ab

Angestellte, wehrt den Anschlag gegen eure Interessen in roter Einheitsfront ab!

Die Geschäftsleitung des Warenhauses Tieg in der Leipziger Straße hat eine Verfügung herausgegeben, wonach dem Personal jede politische Diskussion verboten ist. Bei Zuwiderhandlung werden die Angestellten und Arbeiter mit sofortiger Entlassung bedroht. Mit einem Federstreich will die Firma Tieg das Koalitionsrecht der Kollegen beseitigen.

Dieser Anschlag der Firma Tieg liegt in derselben Linie wie die Maulkorbsteuer des sozialdemokratischen Berliner Magistrats gegen die städtischen Arbeiter. Gleichzeitig mit ihrem Vorstoß gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen versuchen die Unternehmer den Arbeitern und Angestellten die letzten Reste des Koalitionsrechtes zu nehmen. Die Belegschaften dürfen sich keinesfalls völlig zu Sklaven degradieren lassen, die noch nicht einmal wagen dürfen, ein Wort über die grenzenlose Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse fallen zu lassen. Einmütig müssen die Kollegen bei Tieg, die Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe und in allen anderen Betrieben, wo ähnliche Vorstöße

versucht werden, zusammentreten, um einheitlich den Kampf gegen diese Maßnahmen aufzunehmen. Kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter müssen in diesem Kampfe Schulter an Schulter stehen.

Uebrigens geht die Firma Tieg nicht nur im Hause Leipziger Straße in dieser Form gegen die primitivsten Rechte der Arbeiter und Angestellten vor. Kürzlich wurden im Hause Alexanderplatz sämtliche Betriebsräte zur Personalabteilung despoten. Den roten Betriebsräten Nothilfe, Witz und Sundaat wurde die feilsche Entlassung angedroht. Als Begründung wurde angegeben, die roten Betriebsräte treiben politische Agitation unter dem Personal. Außerdem wurde ihnen der Vertrieb der revolutionären Gewerkschaftspresse verboten. Auch die letzten Rechte der Betriebsräte sollen also beseitigt werden.

Die Firma Tieg scheint schon vergessen zu haben, daß ihre Käuferkraft aus der werktätigen Bevölkerung schon einmal einen großen Kampf gegen die Maßregelung eines roten Betriebsrates durchgeführt hat.

Schlichtungsmaschine soll den Kampf der Fleischer abwürgen

Der glänzende Kampfwille der Berliner Fleischer, der in der Streikabstimmung in den Betrieben zum Ausdruck kam, hat die Metzschlichter veranlaßt, zum Schlichter zu laufen. Nachdem sie noch vor wenigen Tagen jede Verhandlung über ihre unverkennbaren Forderungen ablehnten, ändern sie jetzt ihre Taktik. Der Schlichter soll durch einen Schiedspruch ihren Wünschen weitgehend Rechnung tragen, und auf diesem Wege soll der Kampfwille der Fleischer abgemüht werden.

Die Belegschaften müssen sofort alle Maßnahmen treffen, um ihren Kampfwillen in die Tat umzusetzen. Ganz gleich, ob die Unternehmer versuchen, betriebsweise vorzustößen oder den Lohn und die Arbeitsbedingungen durch Schiedspruch verschlechtern werden sollen, in jedem Falle muß der Unternehmervorstoß durch den Streik abgewehrt werden.

In den Abstimmungsergebnissen kommt der Wille der Belegschaften zur Schließung der roten Einheitsfront im Kampf gegen

den Lohnabbau glänzend zum Ausdruck. Diesen Abstimmungen müssen Taten folgen. Die Funktionäre des roten Verbandes und der RGD, sowie die Funktionäre des reformistischen Verbandes müssen sofort betriebsweise zusammentreten, um konkrete Beschlüsse zur Mobilisierung der Belegschaften für den Streik zu fassen.

Neuer Pflichtarbeiterstreik in Oberhesseln

Am 25. April traten die 200 Pflichtarbeiter in Zellows, Kreis Oppeln, geschlossen in den Streik. Als Pflichtarbeiter gelten in der Gemeinde alle Wohlfahrts- und Arsenunterstützungsempfänger. Die Pflichtarbeiter müssen einen neuen Graben bauen und erhalten 8 Pfennig pro Stunde. Für diese 8 Pfennig müssen sie eigenes Arbeitswerkzeug mitbringen. Verschiedene Wohlfahrtsempfänger, welche 45 Mark den Monat erhalten, müssen 152 Stunden volle Arbeit leisten. Wer sich dagegen wehrt, dem wird die Unterstützung gesperrt. Die Forderungen der Streikenden sind: Umwandlung der Pflichtarbeit in Notstandsarbeit mit tariflicher Bezahlung, Stellung von Arbeitsgeräten, welche die Gemeinde zu liefern hat.

Sowjetchina marschiert

trotz bewaffneter Intervention

Von Yoko

Die Befestigung der japanischen Truppen auf chinesischem Gebiet, und zwar sowohl in der Mandchurei als auch in der Gegend von Schanghai, geht in raschem Tempo vor sich. Die Kuomintang-Leute erleichtern den Japanern in jeder Hinsicht ihre Aufgabe. Sie bemühen sich, unter Preisgabe sämtlicher chinesischen nationalen Interessen mit den japanischen Imperialisten ein Abkommen zu erzielen. Der Grund dieser Haltung ist die „finken“ Kuomintang-Führung liegt vor allem in der Angst vor der revolutionären Bewegung in den chinesischen Städten und in den ernstesten Befürchtungen, die die Kuomintang-Führer über die Ausbreitung der Sowjetgebiete hegen.

Schon die Verteidigung Schanghais war gegen den Willen der Kuomintang-Regierung erfolgt. Die 19. Armee hat sich heldenhaft gegen die überlegenen Kräfte und die moderne Kriegstechnik der Japaner geschlagen, während hinter ihrem Rücken die chinesischen Kuomintang-Generäle mit den Japanern schmachteten. Schließlich kam der verräterische Rückzugsbefehl, durch den der Kampf der chinesischen 19. Armee abgewandt wurde. Die Kuomintang-Elite begnügte sich aber nicht damit. Seit dem Rückzug der 19. Armee läßt die Kuomintang nichts unversucht, um diese Truppe, deren Soldaten gefährlich revolutionär erscheinen, zu desorganisieren und zu liquidieren. Die Kämpfe der 19. Armee werden von den Führern der Kuomintang glorifiziert und belungen. Sie möchten sich die Heldentaten der chinesischen Soldaten gar zu gern auf eigene Rechnung schreiben. Gleichzeitig aber wird die Armee in ganz niederträchtiger Weise bescholten: Nicht weniger als drei Millionen Dollar sind von den Chinesen während der Verteidigung von Schanghai aufgebracht worden. Aber seit fünf Monaten haben die Soldaten der 19. Armee keinen Pfennig Sold bekommen. Für die Betwunderten wird nicht gesorgt, die Familien der Gefallenen erhalten keine Entschädigung. Die Kuomintang-Regierung will eben, während sie wehrfähige Truppen organisiert, die Soldaten der 19. Armee, die gegen den Imperialismus kämpften, nicht nur im Stich, sondern auch verhungern lassen.

Das besondere Bedürfnis nach einer regelrechten „verlässlichen“ wehrfähigen Armee, die nicht etwa gegen die Japaner in Aktion treten könnte, sondern gegen die Sowjets geführt werden kann, empfinden die Kuomintang-Generäle in den letzten Wochen infolge der neuen glänzenden Siege der chinesischen Roten Armee.

Die Imperialisten hören nicht auf, Alarmrufe über die Fortschritte der Sowjetgebiete auszulassen. Tatsächlich hat die Volksbewegung, die seit Monaten in ganz China gegen die imperialistische Invasion eingesetzt hat, sowie die verräterische Haltung der Kuomintang der Sowjetbewegung einen neuen mächtigen Auftrieb gegeben.

Die Überzeugung der Massen, daß nur die Sowjets sie aus den Händen der blutigen Kuomintang-Elite retten, nur sie China aus den Klauen des Imperialismus befreien können, ist populärer denn je geworden. In den Sowjetprovinzen hat sich nach dem Kongreß vom 7. November 1931, bei dem eine zentrale Sowjetregierung gewählt wurde, die rote Macht bedeutend gefestigt. Darüber hinaus dehnt sich das Gebiet der Vorherrschaft der Roten Armee immer mehr aus, und der Vorwarsch gegen Amoy hat bereits eine Intervention der imperialistischen Mächte zur Folge gehabt. Den Vorwand bildet natürlich der „Schutz des Lebens der Ausländer“. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes, als um eine bewaffnete Intervention gegen die chinesischen Sowjets.

Die Imperialisten alarmieren in ihrer Furcht die Kuomintang, und die Kuomintang hat in dieser Situation, wo die Mandchurei schon völlig von China abgetrennt ist, Schanghai unter dem Stiefel der japanischen Generale festzuhalten, die Befehle aller chinesischen Häfen durch die Japaner vorbereitet ist — in dieser Situation der unmittelbar bevorstehenden Ausrückung Chinas unter die Imperialisten, nichts anderes zu tun, als die japanische Front völlig zu entblößen und 20 Regimenter zum Kampf gegen die Rote Armee zu senden. Während die Soldaten der 19. Armee hungern und in zerfallenen Kleidern herumgehen müssen, wird eine Summe von 800 000 Dollar herbeigeschafft, um die wehrfähigen Expeditionstruppen gegen die Sowjetgebiete auszurüsten. Alle Schattierungen der Kuomintang kamen Mitte März in Tientsin zu einer geheimen Zusammenkunft, deren Zweck nichts anderes als die Organisierung eines konzentrischen Angriffes gegen Sowjetchina war. Anfang April fand eine noch dreizehnte Konferenz mit dem Hauptzweck des Kampfes gegen den Kommunismus statt. Rechte und „linke“ Kuomintang-Generäle, die politischen Führer der chinesischen Bourgeoisie, alle fielen sich darin einig, daß die Hauptgefahr nicht der blutigen japanischen Imperialismus, sondern die chinesische Sowjetmacht ist.

Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Bedingungen der Kampf zwischen der chinesischen Sowjetbewegung und der reaktionären verräterischen Kuomintang immer erbitterter wird. Die bisherigen Antisowjet-Expeditionen haben schmählige Niederlagen erlitten. In ihren neuen Kämpfen werden die Sowjets als Vertreter der Interessen aller Werktätigen es nicht nur mit den wehrfähigen Expeditionen, sondern auch, wie es schon in Amoy der Fall ist, mit den Interventionstruppen zu tun haben. Auch das enge Bündnis der Kuomintang-Verräter mit den Imperialisten wird aber nicht dazu hinreichen, um die revolutionäre Bewegung der chinesischen Werktätigen zu ersticken.

Dnjeprostroj

liefert den ersten Kraftstrom

Kiew, 29. April. Auf dem größten europäischen Wasserkraftwerk, dem Dnjeprostroj, hat heute der Probelauf der dritten Turbine (von fünf Turbinen der ersten Ausbaustufe und neun Turbinen zu je 62 000 Kilowatt insgesamt) begonnen und voll auf befriedigende Ergebnisse gezeitigt.

Damit ist die Belieferung der Großbetriebe der Stadt Kaporoschje — darunter die riesige Kombi-Fabrik „Kommunar“ mit über 10 000 Arbeitern — sowie die weiteren Bauarbeiten an dem Kombinat, ferner die Beleuchtung und Kraftversorgung der an der Baustelle entstandenen Großstadt sichergestellt.

Die Inbetriebnahme der ersten drei Turbinen sieben Monate vor der für die erste Stromlieferung festgesetzten Frist (1. Dezember 1932) ist ermöglicht worden durch die außerordentlichen Leistungen der 40 000 künftigen Belegschaft des gesamten Baues, die im sozialistischen Wettbewerb einen Rekord der amerikanischen Bauarbeiterschaft nach dem anderen geschlagen hat.

Bombenattentat in Schanghai

Hohe japanische Militärs und Diplomaten verletzt — Standrecht in Schanghai — Vorwand für neue militärische Operationen in Schanghai und an den Sowjetgrenzen

Schanghai, 29. April. Während einer Parade von 10 000 Mann japanischer Truppen im Hongkew-Park in Tschapel explodierte auf der Tribüne eine Bombe. Auf der Tribüne befanden sich General Schirokawa, der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai, sowie sein Vorgänger General Ikeda, der japanische Gesandte in China, Schigamitsu, der Oberbefehlshaber der japanischen Marinestreitkräfte in Schanghai, Admiral Nomura, der japanische Generalkonsul in China, Murai, der Admiral Schimada und der General Tschirō. Sie alle sowie mehrere Zivilisten wurden verletzt. Der Generalkonsul Murai soll lebensgefährlich verwundet sein. Admiral Nomura trug eine Augenverletzung davon. Die ausländischen Diplomaten hatten kurz vor der Bombenexplosion die Tribüne verlassen.

Die japanischen Truppen sperren sofort den Park ab und nahmen eine rigorose Waffensuche bei den 15 000 Zuschauern vor. Sieben Koreaner wurden verhaftet, darunter einer als der mutmaßliche Bombenwerfer. Auch ein Chinese soll festgenommen worden sein, obwohl für Chinesen ein strenges Verbot zum Betreten des Parks bestanden hatte.

Ueber den Hongkew-Bezirk wurde das Standrecht verhängt. Japanisches Militär hält alle Straßenkreuzungen besetzt. Ein Koreaner wurde getötet.

Japan behauptet, das Attentat sei von einer koreanischen Geheimgesellschaft organisiert worden, die in Verbindung mit der Kuomintang stehe. Diese Darstellung zeigt, wozu das Attentat dienen soll. Sie ist jedoch unwahrscheinlich, obwohl ein koreanischer

Freiheitskämpfer aus Empörung über die Knechtung seines Vaterlandes durch die Japaner einer solchen Tat fähig wäre. Das Attentat kommt dem kriegerischen japanischen Imperialismus zu gelegen, als daß es nicht von ihm selber organisiert sein soll.

Wette Kreise der japanischen Bevölkerung hat eine Kriegsmüdigkeit ergriffen, die durch die rigorosen Steuereintreibungen zur Fortsetzung des Feldzuges genährt wird. Es ist nicht zu erwarten, den Patriotismus des Volkes durch ein solches Ereignis wieder aufzuspitzen.

Deute letzte in Schanghai ein Abkommen mit den imperialistischen Mächten abgeschlossen werden, das Japan verpflichtet, seine Truppen nicht über das bisher eroberte Gebiet hinaus vorzuschieben. Um seinen Schein der „Friedensbereitschaft“ zu wahren, konnte Japan nach monatelangem Zaudern nicht anders, als seine Unterschrift zu geben. Jetzt verkündet, daß Japan das Abkommen nicht unterzeichnen wird.

Die japanischen Militärs wollen weiter vorstoßen, wollen die militärischen Operationen um Schanghai wieder aufnehmen. Schon liegt eine Erklärung des japanischen Kriegsministers vor, daß nach einem solchen Vorkommnis selbstverständlich ein Abmarsch japanischer Truppen aus Schanghai gar nicht in Frage komme.

Die ersten japanischen Äußerungen zeigen, daß China für das Attentat verantwortlich gemacht werden soll. Der Vorwand für neue militärische Operationen ist gegeben!

Das Bombenattentat hat die Lage in Schanghai und im Fernen Osten in einem für Japan durchaus erwünschten Sinne verschärft.

Sozialdemokratie für Japans Raubkrieg

Offene Unterstützung des kriegsverbrecherischen Imperialismus — Sozialdemokratische Arbeiter, könnt ihr weiter mit der II. Internationale marschieren?

Der Vorsitzende des japanischen Seelenteverbandes (die stärkste reformistische Gewerkschaft Japans und Hauptstütze der rechten sozialdemokratischen Partei „Siatai-Minsei-kei“), der zugleich einer der Führer des „Siatai-Minsei-kei“ ist, schreibt in der ersten Nummer des Verbandsorgans „Kain“:

„Von sozialistischen Standpunkt aus müssen wir sagen, daß Japan, international betrachtet, ein proletarischer Staat (!) ist, denn es leidet an der Enge seines Territoriums, auf dem eine 100-Millionen-Bevölkerung zu leben gezwungen ist... China dagegen, wiederum international gesehen, ist ein bourgeois Staat (!), denn es hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die größte Ausdehnung...“

In anderen Tagen wird es im allgemeinen als soziale Gerechtigkeit betrachtet, daß das Proletariat, von Hunger bedroht, von der Bourgeoisie, die ein übermäßiges Besitztum akkumuliert, kein Lebensrecht fordert. Es ist in keiner Weise ein imperialistischer Angriff, wenn unser Land — ein proletarischer Staat — China — ein bourgeois Staat — zwingt, um seine wirtschaftlichen Reichtümer zu erschließen. Wenn China sich weigert, so ist das von seiner Seite eine blutschändliche Politik

„der geschlossenen Türen“, eine verächtliche Politik... Darum ist die endgültige Lösung der mandchurisch-mongolischen Frage unserem sozialistischen Standpunkt nicht entgegengesetzt (!). Aber wir müssen sie aktiv unterstützen, um unser Ideal zu verwirklichen: Nationale Gleichheit und Frieden.“

Können die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter einer Internationale angehören, die eine solche imperialistische Raubpolitik führt? Können sie unter den Fahnen einer solchen Internationale, die den proletarischen Klassenkampf mit Füssen tritt, den Kampfmal begeben?

Japan besetzt Hai un

Wukden, 29. April. Nach einer Telefon-Wiedlung haben die Japaner sich auf ihrem Vormarsch an die Sowjetgrenzen einen neuen, äußerst wichtigen Stützpunkt durch die Besetzung von Hai un geschaffen. Japanische Kavallerie drang unter dem Vorwand der „Verfolgung von Banditen“ sogar schon über Hai un hinaus auf die Sowjetgrenzen vor.

Revolutionäre Einheit am 1. Mai

Prag, 29. April. Der Beschluß der Bergarbeiter von Nordböhmen, unter dem Klassenkampfbander der Kommunistischen Partei am 1. Mai geschlossen zu demonstrieren, hat ein großes Echo gefunden. Die Belegschaftsversammlung der Spiritusbrennerei Brozove in Prag beschloß, sich geschlossen an der Maidemonstration der Kommunistischen Partei zu beteiligen und fordert alle übrigen Betriebe auf, ebenfalls unter dem roten Banner einheitlich zu demonstrieren. Im Reichsbereich haben die Singfängerwerke in Maffersdorf, die Straßenbahner und Gemeinbediensteten

Morgen marschieren wir gegen Young und Versailles

Das kapitalistische Deutschland hat in Genf eine neue Backpfeife der imperialistischen Youngräuber einstecken müssen. Das kapitalistische Deutschland kann die deutschen Werktätigen nur immer tiefer in die Schmach der nationalen Versklavung hineinreißen. Die Deklaration der KPD, gegen Young und Versailles vom 12. März 1932 sagte:

„Nur die proletarische Diktatur kann ein Deutschland ohne soziale und nationale Knechtschaft schaffen. Wo die Sowjets regieren, sind die Schulden der ausländischen Bankiers und Regierungen, die vom Zarlasmus dem Volk auferlegt wurden, für null und nichtig erklärt...“

Gestützt auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, bewaffnet mit der aktiven Solidartät der französischen, polnischen, englischen Arbeiter, der Arbeiter aller Länder, unteilbar verbunden mit den 165 Millionen Arbeitern und Bauern der bolschewistischen Sowjetunion, wird das siegreiche deutsche Proletariat unter dem Banner des revolutionären Internationalismus die Schlinge des Versailler Vertrages und der Youngsklaverei zerreißen.“

Morgen marschieren die Heerführer der Kommunistischen Internationale in allen Ländern mit uns deutschen Arbeitern für die revolutionäre Befreiung von Young und Versailles, für ein freies sozialistisches Räte-Deutschland!

in Reichenberg, die Brauerei Maffersdorf, das elektrische Nebelandwerk in Engelsberg, Ruzhau, und andere Betriebe beschloßen, sich kollektiv an den Maidemonstrationen der Kommunistischen Partei zu beteiligen und gegen die imperialistische Kriegsgelahr, gegen Hunger und Not, für Arbeit und Brot zu demonstrieren.

Ausperrung in Dänemark

Til Renssø, 29. April. Die angekündigte Ausperrung der dänischen Schlächtereitarbeiter ist zur Tatsache geworden. Durch das Nichtarbeiten der dänischen Exportschlachterei führt die bedeutendste Ausfuhr Dänemarks nach England und Deutschland auf. Von wirtschaftlich gut unterrichteter Seite wird eine Gefährdung der dänischen Krone vorausgesetzt. Da vielfach aus Schlächtereikreisen darauf hingewiesen worden ist, daß man freiwillige Arbeitskräfte heranziehen wolle, hat der Seemanns- und Metzgerverband in Esbjerg beschlossen, gegebenenfalls in den Sympathiestreik einzutreten.

Französische Artillerie merkt

Telefunken meldet aus Paris: Bei Artillerieübungen in Piedmont bei Rochefort kam es zu einer Meuterei von sechs Soldaten, die sich weigerten, Befehlen Folge zu leisten, und den diensthabenden Offizieren beschimpften. Den Soldaten, die sie verhaften wollten, leisteten sie Widerstand.

„Chaco“ auf dem Wege nach Polen?

Paris, 29. April. Das argentinische Schiff „Chaco“, das bekanntlich mit aus Argentinien ausgewiesenen politischen Gefangenen umhertreibt, ist nach einer Ausweisung aus Barcelona, aus dem Hafen von Barcelona ausgefahren und soll jetzt nach dem polnischen Hafen Gdingen kehren. Protestiert gegen die beschlossene Auslieferung unserer Kriegsgefangenen an die Wladimir-Diktatur, wo ihnen Kerker oder sogar Standgericht und Tod brohen!

Der frühere Staatspräsident von Argentinien, Uriburu, der vor zwei Monaten die Präsidentschaft an General Justo abtreten mußte, ist nach einer schweren Operation in Paris gestorben.

Stegerwald kündigt 5. Notverordnung an

Alarmierende Rede des Zentrumministers ebnet den Weg zur Koalition des Zentrums mit den Nazis

Organisiert den Kampf in Betrieb und Stempelstelle!

Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt gestern auf der Reichstagung des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen in Erfurt eine alarmierende Rede, aus der in großen Umrissen schon der Inhalt der kommenden fünften Brüning'schen Notverordnung zu ersehen ist. Die Ankündigungen Stegerwalds bestätigen vollkommen die bisherigen Feststellungen der „Noten-Tafel“, die schon vor den Wahlen auf den bevorstehenden notverordneten Lohn- und Unterstützungsabbau hindeutete. Die Rede Stegerwalds ist eine ausführliche Bestätigung seines von uns zitierten Artikels, in dem er schon offen einen neuen Lohnabbau forderte.

Lohnsenkung für Millionen Arbeiter

Das Haupt- und Kernstück von Stegerwalds Rede und damit auch der kommenden Notverordnung ist die Forderung beim sogenannten „Winnengewerbe“ die Löhne zu senken. Es handelt sich hierbei um die öffentlichen und Versorgungsbetriebe, um die Verkehrsbetriebe, das Baugewerbe, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie die Landwirtschaft, Teile des Bergbaus, der Metallindustrie und der chemischen Industrie. Millionen Arbeiter fallen also unter diesen neuen Lohnabbau.

Unterstützungsabbau und Arbeitsdienstpflicht

Stegerwald erklärte weiter, daß die Arbeitslosenfürsorge sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, daß ein Fehlbetrag von vielen hundert Millionen Mark für 1932 vorhanden sei. Wörtlich fuhr er dann fort: „Mit Beitragserhöhungen und Steuererhöhungen ist dem Fehlbetrag nicht wesentlich beizukommen. In den nächsten Wochen muß durch eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge gefunden werden.“

Mit diesen Worten kündigt Stegerwald zweierlei an: Einmal soll der Fehlbetrag durch Herabsetzung der Unterstützungssätze gedeckt werden. Die Unterstützungssätze werden allgemein auf das Niveau der Wohlfahrtsunterstützung gesenkt. Zweifellos wird auch die Bedürftigkeitsprüfung verschärft werden, wodurch erneut Hunderttausende von jeder Unterstützung ausgeschlossen bleiben. Zum anderen kündigt Stegerwald damit die gesetzliche Einführung der Arbeitsdienstpflicht an. Wer sich nicht der Zwangsarbeit unterwirft, erhält keine Unterstützung mehr.

Beseitigung der Sozialversicherung

Der dritte Angriff der kommenden fünften Notverordnung richtet sich gegen die Sozialversicherung, bei der sich, wie Stegerwald erklärt, „grundlegende Änderungen nicht vermeiden lassen“. Diese „grundlegenden Änderungen“ bestehen darin, daß die Sozialversicherung als staatliche Organisation beseitigt und ausschließlich auf die Schultern der Versicherten gewälzt wird, das bedeutet

das praktische Ende der Sozialversicherung.

Stegerwald erklärte ausdrücklich, daß der Staat keine Zuschüsse zur Sozialversicherung mehr geben könne.

Einrichtung von Ständekammern

Am Schluß seiner Rede forderte Stegerwald zur Regelung aller Fragen zwischen Unternehmern und Ausgebeuteten die Schaffung „gesetzlicher Kammern“. Man müsse über alle Fragen — Löhne, Preise, Steuern usw. — gemeinsam beraten. Es ist ganz klar, daß diese Forderung Stegerwalds nichts anderes bedeutet, als die erste Grundlage zum faschistischen Ständestaat.

Nicht umsonst haben gerade die christlichen Gewerkschaften, deren Hauptvertreter ja Stegerwald ist, immer wieder ihre enge Verwandtschaft mit den Hakenkreuzlern in der Frage des Ständestaates betont. Die Forderungen Stegerwalds

können und werden alle von Hitler hundertprozentig unterdrückt werden. Die kommende fünfte Notverordnung ist somit eine wichtige Vorbereitung zur Koalitionsregierung Brüning-Hitler.

Verbot aller proletarischen Wehrorganisationen und Aufhebung des SA-Verbots

Um diese Koalition, an der von allen Seiten des Bürgerturns eifrig gearbeitet wird, zu erleichtern, soll in kurzer Frist das SA-Verbot aufgehoben werden. Das stets gut orientierte „12-Uhr-Mittagsblatt“ schreibt dazu:

„Das generelle Verbot der SA wird wieder aufgehoben, an seine Stelle wird ein Verbot für alle Wehrverbände, das ihnen den militärischen Charakter und die polizeilichen Funktionen unterlag, gesetzt.“

Ausdrücklich wird betont, daß Reichsbanner und Stahlhelm nicht unter diese neue Verbotsnotverordnung fallen. Beide Organisationen hätten ihre militärischen Formationen abgebaut und seien überparteilich. Die SA wird also frisch-fröhlich durch eine neue Notverordnung, wenn auch äußerlich etwas umorganisiert, auferstehen. Verboten werden — und das

Genosse Scheringer im Bielefelder Festungsgefängnis eingetert

Heraus mit Scheringer und den 8000 Justizopfern! — Fordert Vollamnestie!

Bielefeld, 29. April. Der vom Reichsgericht am 27. März in Leipzig verurteilte Genosse Richard Scheringer ist vorrüber in das Bielefelder Festungsgefängnis eingeliefert.

Außerdem erfahren wir, daß die Absicht besteht, das Gefängnisregime für Genossen Scheringer besonders zu verschärfen. Dies ist bereits bei der Urteilsverkündung im Leipziger Prozeß von dem Senatspräsidenten Baumgarten deutlich ausgesprochen worden.

Erneut und mit Schärfe erheben wir die Forderungen auf sofortige Freilassung des Genossen Scheringer und der anderen mit ihm im Kerker schmachtenden 8000 Opfer der deutschen Justiz.

Gefängnis statt Festungshaft

Unerhörter Anschlag auf die politischen Gefangenen!

Alarmierende Meldungen kommen aus einzelnen Festungen. Bereits am 1. Mai sollen neue, bis jetzt geheimgehaltene Be-

stimmungen über die Festungshaft, allgemein in Kraft treten. Diese neuen Bestimmungen sehen vor: Streichung des Ausgangs und Gefangenenselbst. Praktisch bedeutet das: Umwandlung der Festungs- in Gefängnisstrafe, da der körperliche freie Ausgang und die Frage der Festungstoft die wichtigsten Bestandteile der Festungshaft gegenüber der Gefängnisstrafe bilden.

Die Rote Hilfe hat sich auf diese Nachrichten hin sofort mit dem preussischen Justizministerium in Verbindung gesetzt. Die Rückfrage ergab, daß in der Tat ein solcher Anschlag gegen die Festungsgefangenen geplant ist, und daß er in der Hauptsache vom Reichsjustizministerium seinen Ausgang nimmt.

Nach den neuesten Nachrichten, die der Roten Hilfe zugegangen sind, ist bereits in einer Festung in Lübeck ein Teil dieser Maßnahmen durchgeführt. Die Festungsgefangenen erhalten bereits Gefängnistoft.

Die Justiz und der Strafvollzug gegenüber unseren politischen Gefangenen nähern sich immer fester den Methoden des faschistischen Polen, wo vor nicht allzu langer Zeit überhaupt jeder Unterschied zwischen kriminellen Verbrechen und politischen Vergehen aufgehoben worden sind.

Am 1. Mai sollen bereits in einigen Strafanstalten diese Umwandlungen vorgenommen werden. Überall am 1. Mai finden Kundgebungen und Demonstrationen der Verhafteten statt. Keine Demonstration, keine Kundgebung darf vorübergehen, wo nicht auf diesen neuen Anschlag gegenüber politischen Gefangenen hingewiesen, wo nicht zur Hilfe und Unterstützung für unsere 8000 Kämpfer aufgerufen wird, wo nicht kurzfristig die Forderung erhoben wird: Vollamnestie für unsere 8000 proletarisch-politischen Gefangenen.

Man staune: Zwanzig Eier und zwei Würste für die Berliner Arbeitslosen!

Jetzt verstehen wir, warum die Berliner Erwerbslosen seit Sonntag früh — nachdem sie die „feinen Dinge“ des Wädchens vom Lande genossen hatten — so einen vollgefrissenen Eindruck machen.

Die Ueberschrift des „Vorwärts“-Artikels lautet: „Der Weg zur Ruhe“.

Der Ausweg aus der Krise, den die sozialdemokratischen Führer aufzeigen, ist tatsächlich ein Weg zur Ruhe.

Eine Vertauschung des Großstadtlands mit dem Elend auf dem Lande.

„Die Wohlfahrt freut sich, den sie hat einen Menschen weniger zu betreuen.“

Auch Herr Stegerwald wird sich freuen.

Das Arbeitsbeschaffungsproblem wird jetzt im Schoße der Familie gelöst werden.

Jeder einmal in Westpreußen — um bei der guten Tante Kartoffeln zu sehen!

Jeder einmal bei Dufel Bräsig in Stavenhagen, um zu Stellmachern.

Jeder einmal im Havelland, um Röhre zu melken!

Jeder einmal bei der Großmutter auf Rügen, wo sich die Hundern wundern, daß der arme Verwandte aus Berlin nicht früher an ihre geräucherter Erbsen gedacht hat.

Nur für das halbe Duzend großstädtischer Erwerbsloser, die keine reichen Verwandte auf dem Lande haben, steht die Sache mies: Auf sie wartet keine Schloßerei im Harz, wo der Besitzer plötzlich gestorben.

Aber vielleicht haben sie einen Bruder in Amerika?

Dann wäre der „Vorwärts“ seine Sorgen los, und die vierhunderttausend erwerbslosen deutschen Landarbeiter brauchten die Konkurrenz nicht zu fürchten.

Der „Vorwärts“ hat den Stein der Weisen entdeckt: Er lag tief versteckt in einem Misthaufen im Havellande.

Man staune: Zwanzig Eier und zwei Würste für die Berliner Arbeitslosen!

Jetzt verstehen wir, warum die Berliner Erwerbslosen seit Sonntag früh — nachdem sie die „feinen Dinge“ des Wädchens vom Lande genossen hatten — so einen vollgefrissenen Eindruck machen.

Die Ueberschrift des „Vorwärts“-Artikels lautet: „Der Weg zur Ruhe“.

Der Ausweg aus der Krise, den die sozialdemokratischen Führer aufzeigen, ist tatsächlich ein Weg zur Ruhe.

Eine Vertauschung des Großstadtlands mit dem Elend auf dem Lande.

„Die Wohlfahrt freut sich, den sie hat einen Menschen weniger zu betreuen.“

Auch Herr Stegerwald wird sich freuen.

Das Arbeitsbeschaffungsproblem wird jetzt im Schoße der Familie gelöst werden.

Jeder einmal in Westpreußen — um bei der guten Tante Kartoffeln zu sehen!

Jeder einmal bei Dufel Bräsig in Stavenhagen, um zu Stellmachern.

Jeder einmal im Havelland, um Röhre zu melken!

Jeder einmal bei der Großmutter auf Rügen, wo sich die Hundern wundern, daß der arme Verwandte aus Berlin nicht früher an ihre geräucherter Erbsen gedacht hat.

Nur für das halbe Duzend großstädtischer Erwerbsloser, die keine reichen Verwandte auf dem Lande haben, steht die Sache mies: Auf sie wartet keine Schloßerei im Harz, wo der Besitzer plötzlich gestorben.

Aber vielleicht haben sie einen Bruder in Amerika?

Dann wäre der „Vorwärts“ seine Sorgen los, und die vierhunderttausend erwerbslosen deutschen Landarbeiter brauchten die Konkurrenz nicht zu fürchten.

Der „Vorwärts“ hat den Stein der Weisen entdeckt: Er lag tief versteckt in einem Misthaufen im Havellande.

Glosse vom Tage

Unkel Bräsig schafft Arbeit

Der „Vorwärts“ fängt auf seine sanfte und schleimige Art an, ein ganz neues Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzuschlagen, nachdem Herr Stegerwald den WDB-Plan verworfen hat.

Diesmal geht es nicht um die Later im Strumpfe des Erwerbslosen, die hervorgeholt und schleunigst ausgegeben werden sollen, nicht um die Reparatur des Diplomaten-schreibstiftes: Diesmal handelt es sich um die Befreiung der Großstädter von den lästigen Unterstützungsempfängern.

Da hat ein alter Werkmeister — so berichtet der „Vorwärts“ — Verwandte in Westpreußen, die Leute zum Kartoffelsetzen brauchen. Der Sechzigjährige wird mit seiner Frau nach diesem Paradies übersiedeln.

Ein arbeitsloser Stellmacher — so berichtet der „Vorwärts“ — enthält ganz plötzlich den Brief eines Verwandten aus Stavenhagen. Dieser Verwandte — ein Zimmermeister — hat bereits für 8000 Mark Aufträge ausgeführt. Er braucht einen Stellmacher. Der erwerbslose Berliner zieht nach Stavenhagen.

In einem Städtchen am Harz — so berichtet der „Vorwärts“ — steht eine Schlosserei, deren Besitzer plötzlich gestorben ist. Die junge Frau im Harz stellt nun keine Gesellen ein, sondern sie schreibt an den erwerbslosen Bruder in Berlin: „Komme sofort. Schlosserei wartet!“

Eine ganze Milchhändlerfamilie — so berichtet der „Vorwärts“ — fährt in die Heimat der Frau, nach Rügen, wo sie jetzt mit dem Verkauf geräucherter Fische ein Vermögen erwirbt.

Und die Tochter einer Berliner Rentnerin — so berichtet der „Vorwärts“ — melkt jetzt im Havellande acht Röhre.

„Letzten Sonntag war sie in Berlin zu Besuch, und da brachte sie den Arbeitslosen in Berlin keine Dinge mit, wie Butter, zwanzig Eier und zwei Würste.“

Keine Einzelbegnadigungen — Vollamnestie!

Bereits seit einiger Zeit werden in der bürgerlichen Presse Nachrichten verbreitet, daß anläßlich der Uebernahme der zweiten Amtsperiode des Reichspräsidenten die Möglichkeit einer Amnestie erwogen wird.

Auf der anderen Seite wird mitgeteilt, daß es sich nicht um eine allgemeine Amnestie, sondern um Einzelbegnadigungen handeln würde, die durch die einzelnen Länder durchgeführt werden würde.

Alle diese Ermüdigungen laufen darauf hinaus, einige wenige Lieblinge des Bürgertums, ein paar faschistische Wörder, die zu geringen Strafen verurteilt worden sind, aus den Gefängnissen zu entlassen, dagegen unsere politischen Gefangenen weiter in den Kerker zu halten.

Diese Bestrebungen zeigen, daß der Sturm für die Vollamnestie unserer 8000 politischen Gefangenen mit aller Kraft einsehen muß.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Reußner, Berlin; für Anzeigen und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Lohr, Berlin; Fund und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH, Postfach 100, Berlin; Druck: Zentral-Druckerei, Postfach 100, Berlin.

Stang

Wir erobern die Betriebe

Nummer 93 2. Beilage

Sonnabend, 30. April 1932

Bilanz der Kommunisten von Tieg

Revolutionärer Vormarsch — Die Rolle der proletarischen Käufermassen — Revolutionäre Selbstkritik

(Angestelltenkorrespondenz)

Zu den großen Feierlichkeiten, die bei der Firma Hermann Tieg anlässlich ihres 50jährigen Bestehens, d. h. der 50jährigen Ausbeutung und der 50jährigen Anhäufung von Riesengewinnen stattfanden, wollten wir revolutionären Angestellten und Arbeiter des Tiegkonzerns, Mitglieder der KPD und KGD, Sympathisierende und rote Wahlhelfer berichten, wie wir unsere revolutionäre Arbeit im Konzern durchführten. Dieser kurze Rückblick soll unsere Kraft zu neuen Kämpfen geben.



Die ersten Schritte

Im Mai 1928 unternahmen wir den ersten revolutionären Vorstoß im Tieg-Konzern. Unsere erste „Rote Tieg-Inventur“, die unsere klare revolutionäre Linie aufzeigte, brachte einen sehr starken Erfolg. Kurze Zeit darauf bildeten sich schon in einigen Häusern, z. B. Kotzbuscher Dam, Belle-Alliance-Straße Zellen der KPD. Der rote Schreden war der Firma so in die Glieder gefahren, daß sie keine Mittel und Wege scheute, die revolutionäre Gefahr im Keime zu ersticken.

Die Maßnahmen der Firma hatten jedoch nur den entgegengesetzten Erfolg. Es fanden sich immer mehr Klassenbewußte Kollegen zusammen, um der Firma die Stirn zu bieten. Diese Kollegen leisteten die Pionierarbeit für die im März 1930 stattgefundenen Betriebsratswahlen.

Der erste Sieg

Es gelang uns, die ersten 4 roten Angestelltenräte aufzustellen. Die rote Einheitsliste erhielt 881 Stimmen, d. h. die rote Liste wurde vollständig gewählt. Die erste Belegschaft in der jahrzehntelangen bestehenden Alleinherrschaft der Reformisten wurde gebildet.

Die Firma wollte die revolutionäre Betriebsratsbewegung gleich im Keime ersticken und maßregelte kurz vor der Wahl den roten Kandidaten Wasen und einige Monate später auch den revolutionären Angestelltenrat Dampmann.

Solidarität der proletarischen Käufer

Doch was war die Antwort auf den Angriff der Firma und der reformistischen Betriebsvertretung, die die Zustimmung zu der Entlassung des roten Betriebsrats gab? Die roten Betriebsräte appellierten an die Solidarität der werktätigen Käuferseife. In allen Teilen Berlins fanden große Käuferversammlungen statt. Sprechstühle hörte man in den Häusern, die gegen die Maßregelung des roten Betriebsrats protestierten, liegende Versammlungen wurden in den Häusern, an den Kunden- und Personaleingängen abgehalten. Die Kunden machten ihre Einkäufe von der Wiedereinstellung des roten Betriebsrats abhängig. Überall sah man Flugblätter, in denen gegen die Maßregelung des roten Betriebsrats Stellung genommen wurde.

Die Firma versuchte sich zu schützen, indem sie Kollombanos von besonders eingekleideten Dienern einlegte. Doppelposten wurden an sämtlichen Eingängen aufgestellt. Ein ganzes

Heer von Kriminalbeamten und Polizei war im Betrieb. Kurz der ganze Tieg-Konzern war in Aufruhr.

Dem gemeinsamen Anschlag der Firma und der reformistischen Betriebsvertretung erlag der Betriebsrat Dampmann. Die Firma verstand es, seine schlechte finanzielle Lage auszunutzen und Kollege Dampmann hat gegen eine größere Geldabfindung den Kampf verraten.

Vormarsch trotz alledem!

Trotz alledem zeigten die nächsten Betriebsratswahlen die Begeisterung der Kollegenschaft für die revolutionäre Bewegung. Siegesbewußt, legten die reformistischen und GdA-Betriebsräte ihre Ämter nieder, um durch eine frühzeitige Wahl die „Niederlage“ der KGD nach Zahlen beweisen zu können.

Zerium! Statt vier rote Angestelltenräte wurden jetzt fünf gewählt. Ein weiterer Vorstoß war die erstmalige Wahl von vier Arbeiterräten. Von 4991 Kollegen wählten bei den Angestellten 1095 KGD, und von 1314 Handelshilfsarbeitern 511 KGD.

Stagnation

Durch das Eindringen der roten Betriebsräte in die Betriebsvertretung und durch die ständigen Anträge, die im Inter-

esse der Belegschaft von der KGD eingebracht wurden, waren die Reformisten gezwungen, sich ein revolutionäres Mäntelchen umzuhängen. Trotzdem sie die Anträge der roten Betriebsräte stündig abgelehnt haben, ist es ihnen gelungen, durch radikal klingende Phrasen die Belegschaft irrezuführen, durch immerwährenden Beruf auf die Paragraphen des Gesetzes einzuschüchtern und einen großen Teil der Belegschaft von Kämpfen zurückzuhalten.

Dadurch, daß unsere roten Betriebsräte und unsere Genossen die Taktik der Reformisten nicht frühzeitig genug erkannten, hat unsere Bewegung stagniert.

Trotzdem drei reformistische Arbeiterräte, die Kollegen Korn, Schwachulla und Thiele, die arbeiterfeindliche Politik der Reformisten erkannt haben und diese Politik nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten und zur KGD übertraten, war die Betriebsratswahl im Dezember 1931 nicht zufriedenstellend. Von 1747 Angestellten stimmten für die KGD, 879 und von 1381 Arbeitern stimmten für die KGD, 699.

Wieder konnten wir neun Sitze in der Betriebsvertretung besetzen.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Doch diese Schwächen und Fehler wurden selbstkritisch erkannt und durch intensive Arbeit wurde versucht, die Scharte auszuweihen. So gelang es uns, neben den bestehenden drei ältesten Betriebsgruppen sechs neue Betriebs- und Jugendgruppen aufzubauen. Innerhalb dieser Gruppen setzte eine rege Arbeitstätigkeit ein.

Wieder versucht die Firma diese Gefahr zu ersticken. Dies beweist am besten die Androhung der Geschäftsleitung, die roten Betriebsräte zu maßregeln.

Aber wie die revolutionären Kräfte bei der Arbeiterschaft unaufhaltsam wachsen, so ist die revolutionäre Bewegung im Tieg-Konzern auch nicht mehr zu überwinden. Wir müssen auch hier durch Aufklärung und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit unseren SPD-Kolleginnen und -Kollegen mit den Vertrauensmännern der reformistischen und gelben Gewerkschaften die rote Einheitsfront gegen den uns drohenden neuen Lohn- und Gehaltsabbau bilden. Aber besonders gegen den drohenden imperialistischen Krieg, der die Sowjetunion vernichten will.

Praktischer Tieg-Sozialismus

(Angestelltenkorrespondenz)

In der bürgerlichen Presse wurden ungeheuerliche Lobhymnen auf den Tiegkonzern gesungen. Unter anderem ließ man folgendes:

„Der heutige Weltkonzern Hermann Tieg ist ein Unicum, nehmen von eminent sozialistischer Kultur... Was frühere Generationen nie leicht noch aus großem gütigen Herzen an freiwilliger Caritas leisteten, ist von den gegenwärtigen Inhabern wohlüberlegt in soziale Praxis oder praktischen Sozialismus umgewandelt worden. Der Tiegische Warenkonzern ist durch seine vorbildlichen sozialen Einrichtungen gleichzeitig zu einer mustergültigen Menschenschule geworden.“

Wir wollen zu diesem „praktischen Sozialismus“ einige Beiträge liefern. Als Höchstmaß an sozialer Fürsorge muß das Prinzip betrachtet werden, daß Kolleginnen und Kollegen, deren Krankheit sechs Wochen übersteigt, kostenlos entlassen werden. Dieser „soziale Geist“ hat erschütternde Folgen.

Ein Kollege aus dem Lampenlager Alexanderplatz war stark erkrankt. Aber aus Angst vor der Entlassung blieb er solange im Betrieb, bis er mit einer schweren Lungenentzündung ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Auf An-



frage der verängstigten Mutter hat der Einkäufer Simon erklärt, daß der Sohn sich richtig auskurieren soll, die Stellung wird für ihn freigehalten. Selbstverständlich bekam er nach sechs Wochen keine fristlose Entlassung.

Ein anderer Kollege wurde durch seine Angst vor der Entlassung so weit getrieben, daß er einige Tage nach einer schweren Operation noch mit offener Wunde ins Geschäft kam, da sonst die sechs Wochen Krankheitsurlaub abgekauft wären. Einige Tage darauf klappte der Kollege vollkommen zusammen und mußte nach Hause geschafft werden.

Daß die Arbeit im Warenhaus besonders für die weiblichen Angestellten sehr gesundheitschädlich ist, ist allgemein bekannt. Daß man sich im Warenhaus nicht hinsetzen darf, sondern sich immer kraft halten muß, weil man sonst angeschaut wird, bedeutet Krampfadern, Plattfüße und Unterleibskrankheiten.

Tragen von schweren Lasten, die durch Transformatoren fortwährend erschütterten Häuser und die ständige Zugluft, das alles sind Erreger von schweren Krankheiten. Ein großer Teil der Kollegen leidet unter Rheumatismus, sogar oft unter Gelenkrheumatismus. Die Schließung der Türen, die auch im Winter alle offen sind, wurde „im Interesse der Knudschaft“ abgelehnt. Durchgefallene, frierend, erkältet, sich kaum auf den geschwollenen Füßen haltend, im Hekttempo der Losung schaffend, abgearbeitet, spüren alle Angestellten das „soziale Herz“. Besonders die Lehrgeschichten, fast alle bleich, blutarm und unterernährt, müssen auch in den Lagers und Kellern ebenso viel leisten als die Erwachsenen. Das ist wirklich ein Raubbau an der Gesundheit dieser Kinder.

Jubiläums-Preisfrage

Gehalt		104	50
Krankenkasse	2.22		
Arbeitsl.-Purs.	3.77		
Invalid.-Versich.			
Angestellt.-Vers.	4.-		
zusammen RM			
	RM		
Bei Empfang zu prüfen	Steuern	1.50	
Nachträgliche			
Reklamationen finden	RM	92	94
nicht statt.			

erhalten:

Wie kann eine 23jährige ledige, alleinstehende Verkäuferin von 92,71 Mark monatlich leben?

Höllenschleifmaschinen

(Angestelltenkorrespondenz)

In sämtlichen Häusern des Tiegkonzerns sind Registrierkassen aufgestellt, die auch eine Errungenschaft der technischen Entwicklung und der „sozialen Praxis“ oder des „praktischen Sozialismus“ sind. Diese höllischen Maschinen haben schon viele Kolleginnen brotlos gemacht. Wenn in der wahnwitzigen Arbeit (wir müssen z. B. in der Schauffestraße wegen des geringen Personals oft drei Kunden auf einmal bedienen) ein kleiner Fehler unterläuft, dann wird man vernarrt und vor die Personalleitung gezerrt. Bei nochmaliger Wiederholung kommt die Kündigung. Ohne Mantelkassette zu arbeiten ist auch eine große „soziale“ Errungenschaft.



Das ungeheure Hekttempo wird durch die sogenannte Losung und das Prämienystem verschärft. Jeder Verkäufer oder jede Verkäuferin muß unter allen Umständen einen Mindestumsatz erreichen. Wird die vorgeschriebene Losung nicht geschafft, so muß man eine Verwarnung unterschreiben. Bei mehrmaliger Nichterreichung der Losung wird der Verkäufer oder die Verkäuferin wegen „Untüchtigkeit“ entlassen. Manche Verkäuferinnen haben eine Losung, daß sie oft nicht einmal die ihnen zustehende Pause oder die ganze Tiegzeit in Anspruch nehmen.

Darum hürzen sie sich auch alle auf die Kunden, und auf diese Weise entsteht Haß und Neid zwischen den Kollegen und Kolleginnen. Diese Lage wird noch durch das Prämienystem verschärft. Hast du einen Umsatz erreicht, der fünf- bis dreifache bis vierzigmal mehr ist als dein Gehalt und noch etwas darüber, dann hast du einen ganzen halben Prozent davon.

So schwingt die Peitsche der drohenden Entlassung ständig über den Köpfen der Tiegbelegschaften. Mit solchen Mitteln versucht man, die Kollegen und Kolleginnen gegeneinander auszupeilen, in eine wilde Jagd für den Umsatz. Das ist der praktische Tiegsozialismus. Wir revolutionären Angestellten und Arbeiter des Tiegkonzerns werden unter Führung der KPD und KGD mit der revolutionären Arbeiterschaft Schulter an Schulter kämpfen und zeigen was Sozialismus ist. Ihr habt auch gelesen, was die Angestellten der Sowjetwarenhäuser uns geschrieben haben.

Mussolinis „Drittes Reich“

Seitdem über die von der Jenseitigen bewachte Grenze Italiens immer öfter Nachrichten von Hungerrevolten, Bauernunruhen und unermesslichem Elend der Werktätigen dringen, ist die Presse des deutschen Faschismus in ihren Berichterstattungen des „Dritten Reiches“ zwischen Alpen und Mittelmeer vorsichtiger geworden.

Auf das italienische „Beispiel“ verweisen sie in ihren Zeitungen und Flugchriften nur noch selten. Es ist einer Ueberlegung wert: zur gleichen Zeit, da in der Sowjetunion die bestellten Arbeiter und Bauern die Schritte zum zweiten Fünfjahresplan, zur klassenlosen Gesellschaft tenten, kann der Faschismus aus dem klassischen Lande seiner Herrschaft nichts anderes berichten als gesteigerte Not, gesteigertes Elend und — gesteigerte revolutionäre Gärung. Es wird gut sein, die Agitatoren des Faschismus gelegentlich zu zwingen, darüber Rede zu stehen. In letzter Zeit sind, neben kleineren Broschüren, in proletarischen Verlagen zwei Zeitschriften erschienen, von denen mindestens eine sehr gut dazu geeignet ist.

Auf den Spuren der Vergnügungsreisenden

Der Berliner Arzt Gotthard Wolf hat in den letzten Jahren mehrere Reisen durch das Land des sozialistischen Aufbaus gemacht und darüber in Büchern berichtet. Nun reist er nach Italien und vergleicht. Er vergleicht manchmal mehr, als im möglich aufblühenden Leben der Sowjetunion und im geknechteten, zurückgeworfenen „Leben“ des faschistischen Staates miteinander vergleichbar ist. Genosse Wolf hat im vorigen Frühjahr eine Italienreise gemacht, wie sie tausende deutscher Kleinbürger gemacht haben und, soweit die Wirtschaftskrise ihre sentimentalischen und bildungspflegerischen Bedürfnisse noch nicht verdrängt hat, auch jetzt noch machen. Eine Weltreise, wie sie jedermann sich wünscht. Sie entzückt die Italien-Reisenden aus dem Kleinbürgertum bis in unsere Tage. Genosse Wolf will hier nachprüfen, berichtigen, aufdecken. Da aber die Erscheinung der Dinge mit dem Wesen der Dinge vielleicht nirgendwo weniger gleichzusetzen ist als im faschistischen Italien, genügt es nicht, den Spuren jener Italiens-Reisender zu folgen, wo sie wirklich und gründlich zu berichten. Die reisenden Kleinbürger haben die Oberfläche, an der entlang sie reisten, ohne Kenntnis sozialer Zusammenhänge und waren also leicht bereit, den Faschismus zu loben. Genosse Wolf reist hinter ihnen und mit ihnen, sieht mit grundsätzlicher richtiger Haltung und beschreibt das gleiche: die Oberfläche. Es braucht nicht betont zu werden, daß der Faschismus davor zu zittern hat, daß seine Kritiker diese dünne Haut, welche die Oberfläche seines barbarischen und morsche Systems bedeckt, durchstoßen und daß er sie daher mit allen Mitteln daran zu hindern sucht; aber trotz dieses Zugeständnisses ist zu sagen, daß der Verfasser in Text und Bild nicht einen so schwerwiegenden Beitrag zur Frage des italienischen Faschismus gegeben hat, wie wir ihn brauchen.

Schönheit und Elend

Ein Widerspruch vor allem ist es, dem das Buch in den Schilderungen von Nord bis Süd Ausdruck gibt: die verlodene Schönheit des Landes, der See, des Himmels, der Bauwerke und die erbärmliche Dürftigkeit der Mehrzahl der Menschen, die da leben.

Der Faschismus hat diesen Widerspruch seit zehn Jahren noch verschärft, indem er die materielle und kulturelle Lage des Proletariats ungeheurer hinabdrückte, aber als Tatsache ist dieser Widerspruch so alt wie die in Klassen gespaltenen Gesellschaft selbst, ist mit ihr durch die verschiedenen Formen der Ausbeutung gegangen und wird nur zusammen mit ihr verschwinden. Doch das geschieht, daß ein freies sozialistisches Italien die Schätze der Natur und vergangener Jahrhunderte vernachlässigt, daran arbeitet, unterbrückt, verfolgt und in tiefer Illegalität, die kommunistische Partei Italiens (nicht, wie Genosse Wolf meint, „außer der Kirche“ — heute der einzige ernsthafte Gegner des Faschismus), sondern überhaupt sein einziger wirklicher Feind und sein Todesfeind!). Unter tausend Gefahren lebt und bereitet sich die kommunistische Partei aus, und manchmal zeigt das Buch das noch letzte Beden, das von ihr ausgehend die Erde des Faschismus durchläuft.

1) Gotthard Wolf: Faschistenland, italienische Reisebilder, 1931. Internationaler Arbeiterverlag 1932.

Ein roter Reporter

Das Buch Alfred Aurellas ist die erste große proletarisch-revolutionäre Reportage des Italiens von heute. Genosse Aurella stellt sich die Aufgabe, „diesem System Mussolinis, das sich als System der Ueberwindung des Klassenkampfes hinstellen liebt, die Maske abzureißen und zu zeigen, welche Klasse hinter der faschistischen Maske die wirkliche Herrschaft ausübt, festzustellen, was diese Herrschaft für die werktätigen Massen bedeutet.“ Er macht diese Feststellung, indem er die Ergebnisse seiner vielfältigen Untersuchungen von Venetien bis Sizilien und der kalten Tripolis mit marxistischer Methodik und außerordentlicher Lebendigkeit ordnet. Er schildert, wie solche Ergebnisse zustande kamen. Der Verfasser hat die Schranken, die zu überklettern der Faschismus seine Kritiker auf jede Weise abstricht, wirklich überklettert. Er schildert den Druck, der auf den Arbeitern



Gestern und morgen

Eine Darstellung des Faschismus ist nicht Darstellung des Heute, Darstellung starrer Zustände; nur mit dem Blick auf die geschichtliche Entwicklung, mit dem Blick auf das Gestrern und das Morgen wird ein solches Reportagebuch für uns Wert haben. Dieses hier hat Wert. Es gibt eine prägnante Darstellung, wie es in Stalten zur faschistischen Diktatur kam, umreißt die Gruppierung der Klassenkräfte während mehrerer Jahrzehnte. Und wie bei der Darstellung gegenwärtiger Zustände niemals der Faden zur Erklärung ihres Entstehens und ihrer weiteren Entwicklung abreißt, so ist das Buch eng verbunden mit dem Gang der großen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital in allen Ländern. In allen Ländern gibt es viele Schlachten im politischen Leben und im Bewußtsein der Werktätigen abzutragen, die darunter das Bestimmende zum Vorschein kommt, das in diesem Buch am italienischen Beispiel mit praktischer Bedeutung für unsere Arbeit aufgezeigt wird: der Kampf Klasse gegen Klasse! R. Kater.

2) Alfred Aurella: Mussolini ohne Maske. Neuer Deutscher Verlag und Universitäts-Bucherei 1931.

„Verbotene Filme“

Das Thema „Filmenur“ ist durch das Verbot von „Ruhle Wampe“ wieder einmal in den Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussion gerückt worden. Im Kampfe der proletarischen Organisationen und der proletarischen Presse gegen die systematische Unterdrückung aller revolutionären Filmversuche wird eine genaue Kenntnis der Diktatordiktate, der verschiedenen Auslegungen hierzu, ein geschichtlicher Überblick über das „legensreiche“ Wirken der Filmenur, kurz über alle speziellen Fragen dieses Sonderkapitels deutscher „Gefühlsfreiheit“ von Nutzen sein. Wir erinnern deshalb an ein kleines Buch des Filmkritikers der „Frankfurter Zeitung“, Wolfgang Petzet (Verbotene Filme. Eine Streitschrift. Societäts-Verlag, Frankfurt am Main.), der mit großer Sorgfalt ein außergewöhnlich interessantes Material über die Praxis der Zensurkammern, über das Funktionieren des Zensurapparates und die Haltung der Industrie zusammengetragen hat. Zu betonen ist noch selbst der bürgerliche Schriftsteller Petzet zu dem Ergebnis kommt, die Zensurbestimmungen würden einseitig politisch gehandhabt und täten der künstlerischen Entwicklung des Films erheblichen Schaden.

Dem Kampf für den „guten Film“ ist das Buch gewidmet, und sein Verfasser stellt sich auf den „liberalen“ Standpunkt. Er sieht allerdings, daß die hohen Morale des deutschen Liberalismus keinen Widerhall mehr finden, was ihn jedoch nicht hindert, „einer gelassenen und gläubigen Liberalität als der an

sch würdigen Haltung“ das Wort zu reden. Nun, das sind Diskussionen, und wer sich von ihnen nicht freimachen kann, dessen Kritik trifft nicht, dessen Schlag geht ins Leere, dessen noch so sachkundige, kluge Ausführungen haben keinerlei kämpferischen Wert. Will jemand mit solchen „Waffen“ gegen ein System antreten, das alle Mittel der Gewalt anwendet, so kommt er uns vor wie einer, der mit Pfeil und Bogen tugselnde Tanks bekriegt. Die „demokratischen“, „liberalen“ Phrasen sind Tarnungsmittel der kapitalistischen Diktatur; Sinn hat es, nicht an sie zu glauben und ihre Funktion zu entlarven.

Das eben tut Petzet's Buch leider nicht, und seine Brauchbarkeit für uns bleibt daher auf die einer reinen Materialsammlung beschränkt. Auch kann es natürlich nicht einmal sein eng gestecktes Ziel erreichen, denn auf der Basis des gegenwärtigen Systems wächst nur der „schlechte Film“, und der „gute Film“ hat die revolutionäre Werdung des Systems zur unerlässlichen Voraussetzung. Allen gutgemeinten Kritikern von linksbürgerlicher Seite muß immer wieder entgegengehalten werden, was wir auch anlässlich des Verbotes von „Ruhle Wampe“ sagten: Nur Kampf, entschlossener organisierter Kampf in den Reihen des revolutionären Proletariats gegen die Grundlagen der Unterdrückung der Schaffensfreiheit, nämlich gegen den Kapitalismus, ist zweckmäßig und ausschlaggebend. Einzelaktionen „gläubiger Liberaler“ entbehren jeder Wirksamkeit. S. R.

Für die deutschen Arbeiter in USSR.

Die Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in USSR, die Bücher in vielen Sprachen herausgibt, verlegt in den letzten Wochen in deutscher Sprache folgende Werke:

- G. D. Weinberg, „Die Aufgaben der Kollektivverträge“
M. Degtarjew, „Der Weg des Sowjetmannes zum Sozialismus“
M. Bulle, „Leben und Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern“
A. Malenkij, „Magnitogorsk“
A. Kuboff, „15 Arbeiterdelegierte in der Sowjetunion“
S. Sibirskij, „Rom Kochtopf zur Weltbank“
S. Achrem, „Das war die Diktatur des Proletariats“
Timel, „Unser Leben und unsere Arbeit in der Sowjetunion“
Leninbücherei 3, „Ueber die Pariser Kommune“
Leninbücherei 4, „Die Revolution von 1905“
A. Isbach, „Güter von 25000“

Wir werden uns bemühen mit diesen, zum größeren Teil ausgezeichneten Neuerscheinungen befaßt zu sein.

„Die Sowjetunion“ Band II, kommt!

Ueber den I. Band schreibt uns ein Arbeiterkorrespondent: Geradezu angewöhnt legt man dieses Buch des Genossen Remmele aus den Händen, denn dieses Buch ist mehr, als eine bloße Schilderung über die Sowjetunion, wie viele Genossen und Kollegen, und ich selbst erst annehmen, die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus, die angeführten Tatsachen von dem grandiosen russischen Aufstieg der Arbeiter der USSR, oder die Gegenüberstellung von Zarisismus und proletarischer Diktatur, ist so ungeheuer aufrüttelnd, daß jeder Ausbeutete, ob Betriebsarbeiter oder Erwerbsloser, jeder Werktätige erkennen muß, daß es auch für uns keinen anderen Ausweg gibt als den, den die Arbeiterklasse der Sowjetunion gegangen ist.

EINE Locke AUSFOLLEN Kommeies Buch DIE SOWJET-UNION BAND 2 Erscheint demnächst Preis 2,85 Mk. Zu beziehen beim Lilienwägen oder Verlag Carl Heymann Verlag, Berlin

wenn wir nicht in die Barbarei des ehemaligen Zarisismus untergehen wollen. Das Buch ist ein gewaltiger Agitator für den Sozialismus, es ist, wie die „Rote Fahne“ schreibt, in der Tat ein Werk des lebendigen und siegreichen Marxismus und muß deshalb in die Hand jedes Kollegen, jedes noch zweifelnden SPD-Arbeiters; denn das Wichtigste dieses Buches ist, daß es uns nicht nur die Sowjetunion schildert, sondern jedem Proleten zeigt: so wird der Sozialismus aufgebaut und so werden und müssen wir auch unser Sowjetdeutschland aufbauen.

Ein russisches Schmeißbuch. Im Moskauer Verlag „Federeja“ erscheint demnächst ein Buch des russischen Schriftstellers Knipowitsch „Heine als politischer Sprecher“. Sinclair's letzter Roman „The Wet Parade“, der deutsch unter dem Titel „Nikohor“ im Malik-Verlag, Berlin, erschienen wird, ist von der Metro-Goldwyn-Mayer-Gesellschaft verfilmt worden und erlebte kürzlich in Hollywood unter großem Beifall der Anwesenden seine Premiere. Theodor Fiwier hat soeben ein neues Werk beendet, das im April erscheinen wird: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“, ein deutscher Roman. Es werden darin die letzten Wochen des Kaiserreichs und der 9. November geschildert. Das Buch erscheint im Malik-Verlag, Berlin.

Neue Bücher

- Proletarische Literatur:
Tche-Da: Hölle über Schanghai, Augenzeugen berichten (Verlag C. Hoym) —,05
Arbeiternot — Bauernnot —,10
Her zu uns! —,10
Sozialismus schafft Wohlstand für alle —,10
Die faschistische Entwicklung des ADGB. (Verlag Betrieb und Gewerkschaft) —,10
Wer kommandiert die NSDAP. (Verlag Betrieb und Gewerkschaft) —,10
Kreche und Faschismus (Verlag für Arbeiterkultur) —,10
Die Nazimorde in Hückeswagen (Tribunalverlag) —,04
Tannenwalde, ein Signal für die rote Einheitsfront (Tribunalverlag) —,05
Scheringer, der Weg eines Kämpfers (Tribunalverlag) —,10
Die sozialistische Planwirtschaft in der USSR. (Verlag für Literatur und Politik) Organls. Ausgabe 1. — 2,—
Tretjakow: Den Schit-Chua (Malik-Verlag) geb. 4,80 kartoniert 2,85
Bürgerliche und gegnerische Literatur:
Haydu: Rußland 1932 (Phaidon-Verlag) geb. 5,50, kart. 4,50
Kienle: Frauen — Aus dem Tagebuch einer Aerstin gebunden 4,20, kartoniert 2,50
London, Jack: Meuterei auf der Elmore (Universitäts-Verlag) gebunden 4,25, kartoniert 2,70
Mehnert, Klaus: Die Jugend in Sowjetrußland (S. Fischer) kartoniert 3,50

- Knickerbocker, H. R.: Deutschland so oder so? (Rowohlt-Verlag) kartoniert 5,20
Houben, H. H.: Der polizeiwidrige Goethe (Verlag G. Grote) 3,80
Bilbo, Jack: Ein Mensch wird Verbraucher (Universitäts-Verlag) 4,80
Dwinger, Edw. Er.: Korsakoff (E. Diederichs, Jena) 4,80
Dessauer, Friedrich: Im Kampf mit der Wirtschaftskrise (Buchverl. d. Carolusdruckerei Frankfurt) 1,90
Bauer, Wilh., Dr.: Die wirtschaftliche Bedeutung hoher Löhne (Weißsche Universitäts-Buchhdlg. Heidelberg) 3,30
Schick, Alexander, Dr.: Das Sowjetbankwesen und die Rolle der Banken in der Sowjetwirtschaft (Osteuropaverlag) 4,50
Nickisch, Ernst: Hitler, ein deutsches Verhängnis (Widerstandsverlag, Berlin) —,80
Das Programm der politischen Parteien Deutschlands (Körner und Sohn, Leipzig) 1,25
Staatsbürger, man wirbt um dich! (Industrieverl. Spaeth u. Linde) 1,40
Renner, Paul: Kulturbolschewismus? (Eug. Rontsch, Zürich) 2,—
Koellreutter, Otto, Dr.: Parteien und Verfassungen im heutigen Deutschland (C. L. Hirschfeld, Leipzig) 2,20
Radenberg, Ernst: Zur Entwicklung von Chinas Wirtschaft und Politik (Verlag Kurt Vowinkel) 1,60
Zimmermann, Bodo, Major a. D.: Die Soldatenfibel (Verlag Offens Worte, Berlin) 1,—
Sämtliche hier angezeigten Bücher und Schriften sowie alle Literatur sind schnellstens zu beziehen durch die Buchhandlung der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin C 25, Weydingerstraße 9, im Karl-Liebknecht-Haus.

Stein der Weisen

Das Geld im Strumpf — ein Auto gefällig — eine neue Wohnung bitte — „Arbeit für alle“

Du hast keine Arbeit? Du hungerst? Du gehst stumm? Alles wird anders werden. Der Ausweg ist schon gefunden, das große Problem fast gelöst.

Eine broschürenartige Flugblätter fällt in meine Wohnung hinein: Schafft Arbeit! Die „Morgenpost“ zeigt den Weg.

Ja, abonnieren Sie die Morgenpost, und Sie sind allen Sorgen enthoben. In der Tat: Wozu stempeln, wozu hungern, wenn man auf so leichte Weise zu Arbeit gelangen kann?

Wie? Lesen Sie die „Morgenpost“! Aber ich werde es Ihnen verraten, ohne daß Sie 10 Pfennig für die „Morgenpost“ auszugeben brauchen. Also hören Sie zu: Warum kaufen Sie sich kein eigenes Auto? Die Rechnung ist einfach und einleuchtend. Sie kaufen ein Auto für 8000 Mark. Dadurch wird die Fabrik in die Lage versetzt, ein neues Auto zu erzeugen. In diesem Zweck braucht sie Arbeitskräfte. Sie können also gleich hingehen und Arbeit aufnehmen.

Aber noch mehr: Die „Morgenpost“ erteilt zugleich den folgenden Rat: Wozu sollen Sie sich selbst mit dem Chauffieren des Autos bemühen? Nehmen Sie gleich einen Schafför an und ein zweiter Mann hat Arbeit. Also Sie sehen wie leicht es geht. Das Angenehme, daß so viel Millionen in Deutschland und in allen kapitalistischen Ländern — aber was gehen uns die anderen Länder an? — bleiben wir bei Deutschland — ohne Arbeit sind, kommt daher, weil nicht alle die „Morgenpost“ lesen.

Die „Morgenpost“ weiß noch andere Wege: Warum tragen Sie noch Ihren alten Hut? Sehen Sie denn nicht, daß er am Rande schon etwas fettig ist, das Leder ein wenig durchgeschwitzt? Kaufen Sie sich doch einen neuen. Veranlassen Sie Ihre wertige Frau Gemahlin, sich einen schönen Pelz anzuschaffen. Nicht geizen. Wozu denn auch. Man lebt doch nicht ewig und auf die Meinung derer, die Sie einst beerben werden, können Sie ganz ruhig, auf Verantwortung der „Morgenpost“ pfeifen. Trinken Sie den besten deutschen Wein.

Und wenn Sie den neuen Hut aufgesetzt haben, Ihre Frau sich im kostbaren Pelz bewundern läßt und Sie Ihre Freunde und Gäste mit guten deutschen Weinen bewirten, dann werden Sie zusammen mit der „Morgenpost“ das wahlthuende Gefühl haben, daß Sie dadurch vielen Ihrer Volksgenossen Arbeit und Brot verschafft haben.

Ist das nicht eine glückliche Lösung des großen Problems? Komisch, daß man nicht schon früher auf die originellen Gedanken gekommen ist. Sie glauben, daß damit doch nicht für alle sechs Millionen Arbeitslose Arbeit und Brot geschaffen, daß das Auto, der neue, anstatt des verschwigten Hut, der kostbare Pelz und die guten Weine nicht genügen? Nun, die „Morgenpost“ ist nicht in Verlegenheit!

Warum haben Sie in einer kleinen Schlafzimmerwohnung? Warum dulden Sie, daß in Ihrer Wohnung noch immer die alten, unmodernen Möbel stehen? Nehmen Sie doch, dem Geist der Zeit entsprechend, eine beschöne 16- bis 20-Zimmer-Wohnung. Lassen Sie sie neu einrichten. Ziehen Sie einen Architekten zu Rate und bedenken Sie, wieviel Menschen Sie dadurch zur Existenz verhelfen. Die Rechnung ist doch einfach: Erstens bekommen die Bauarbeiter Beschäftigung, zweitens ein Architekt, drittens eine Transportgesellschaft und viertens gemäß Ihnen für eine 16- bis 20-Zimmer-Wohnung nicht mehr eine Hausgehilfin, sondern Sie benötigen deren gleich drei.

Woher das Geld nehmen? Ach, der „Morgenpost“ werden

Sie doch nichts vormachen können. Sie weiß ganz genau, daß im Strumpf ungeheure Summen versteckt sind. Sie, Herr Arbeiter, holen Sie das Geld aus dem Strumpf hervor. Und vor allem: Zuerst abonnieren Sie die „Morgenpost“. Das ist der erste Schritt auf dem Wege zu Arbeit und Brot. Und dann, befolgen Sie alle die Ratsschlüsse, die die „Morgenpost“ Ihnen erteilt, und alle Probleme sind für Sie gelöst.

*

Kann man sich eine schlimmere Verhöhnung der Arbeitslosen vorstellen, als die, die sich das „Morgenpost“ leistet? Das ist ein Hohn sondergleichen. Die „Morgenpost“ erzählt, daß sie von allen Seiten aufkommende Briefe erhalten habe, unter denen — wie sie zuzieht — sich auch einige Briefe empörter Arbeitsloser befinden. Aber die „Morgenpost“ meint, es rühre nur von einem Mißverständnisse her. Die Arbeitslosen hätten sie nicht verstanden. Nein, es handelt sich um kein Mißverständnis. Die Arbeitslosen haben richtig erfaßt, um was es geht. Die einzige Antwort der Arbeiterschaft auf diese Verhöhnung muß sein: hinaus mit dieser Zeitung aus jeder Arbeiterwohnung.

See.

„Notgeld“

In den rumänischen Städten herrscht der Dalles. Die rumänische Presse berichtet, daß die städtischen Kassen buchstäblich leer sind, und daß die meisten Gemeindevorkantungen ihren Beamten schon seit länger als sechs Monaten keine Gehälter mehr ausbezahlt konnten.

In vielen Städten ist deswegen die Polizei in den Streik getreten. Man stelle sich einmal vor: die rumänischen Städte ohne Polizei. Die Bürgermeister und Stadtväter erkannten auch, daß, wenn dieser Zustand anhält, ihre letzte Stunde nicht mehr fern sei. Wo aber Geld hernehmen? Man telegraphierte nach Bukarest, schickte Abordnungen hin, aber alles vergebens. Es ist kein Geld da. Da griffen die Stadtverwaltungen zu einem besonderen Mittel. Sie begannen mit der Herausgabe von Notgeld.

Das sogenannte Notgeld ist auch bei uns keine unbekanntes Erscheinung. Die meisten werden sich noch dieses Notgeldes aus der Zeit der Inflation erinnern. Es hat zwei gute Eigenschaften: die erste, daß man davon drucken kann, so viel man will, und die zweite, daß es nichts wert ist.

Nun sind die rumänischen Städte mit Notgeld überschwemmt. Ob das die Krise lösen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls — so melden die Zeitungen — herrscht dort eine ungeheure Verzerrung, da jede Stadt ihr eigenes Geld besitzt, das man in einer anderen Stadt nicht anerkennt. Den Besitzern dieses Notgeldes, die damit in eine andere Stadt kommen, bleibt nur der eine Trost, daß man es auch in der eigenen Stadt nicht anerkennt. . .

Verletzt beim Bombenattentat in Schanghai



Oberbefehlshaber General Schtrikawa



Admiral Nomura



Generalkonsul Mural

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger

Berlin, 29. April. Gestern vormittag kurz vor 9 Uhr ist auf einen Postbeamten vom Postbezirk des Postamts Jevernich ein Raubüberfall verübt worden. Der Postkassierer Schlieper, der in Jevernich beauftragt ist, hatte den Auftrag, 3000 Mark nach Mühlental zu bringen, wo das Geld an Rentner ausbezahlt werden sollte. Als er in Jevernich durch die Schillerstraße kam, hielt ein Auto, das ihn langsam gefolgt war, wenige Schritte vor ihm.

Zwei Männer sprangen aus dem Wagen heraus. Der eine schlug ihn ins Gesicht, der andere hielt ihm einen Revolver vor die Brust. Dann rissen sie ihm die Ledertasche, die das Geld enthielt, weg, sprangen in das Auto zurück, dessen Motor nicht abgestellt war, und fuhren mit großer Geschwindigkeit davon. Die Räuber nahmen ihren Weg nach Barmen.

Zur Zeit der Tat befand sich niemand auf der Straße, als der Beamte sich von seinem Schred erholt hatte, alarmierte er das Postamt. Von dort aus wurden die ausländischen Polizeikräfte unterrichtet. Alle Kandidatensposten und die Außenposten der Berliner Hauptpost wurden von dem Postamt benachrichtigt.

Postkassierer Schlieper, der etwa 3000 Mark in der geräuchten Tasche hatte, konnte die Nummer, die das Auto hatte, erkennen und angeben. Es handelt sich um ein kleines dunkelblaues Auto,

das die Polizeinummer IA 75 567 führt. Es ist wahrscheinlich ein Hanomag, dessen Besitzer im Norden Berlins wohnt.

Die Beschreibung, die der Beamte von den beiden Räubern gibt, ist ziemlich genau. Der eine der Männer ist etwa 1,70 Meter groß. Er trägt einen grauen Sportweater und eine Brille, der andere ist etwas größer und hat ein blaues Jackett und eine blaue Schirmmütze.

Überfall und Überfallen

Berlin, 29. April. Ein Überfall auf einen Drochschenschafför hat sich heute vormittag gegen 8 Uhr in Dahlem ereignet. Zwei junge Leute hatten in der Joachimsthaler Straße, nahe dem Kurfürstendamm, ein Auto bestiegen und als Fahrziel den einjam gelegenen Wildplatz in Dahlem angegeben.

Dort angekommen, sprangen sie zu beiden Seiten aus dem Wagen, hielten dem Drochschenschafför Revolver entgegen und verlangten, er solle seinen Führer verlassen. Der erschrockene Schafför ließ ab.

Als er das Auto verließ, sprang auf der anderen Seite einer der Räuber an den Führer. Der andre schwang sich auf Trittbretter und beide fuhren in Richtung Hundeshöhe davon.

Die gestohlene Kraftfahrzeugsnummer führt die Nummer IA 41 979. Der eine Täter trug einen dunklen Schafföranzug und eine blaue Mütze, der andere einen steifen schwarzen Hut.

Gräßlicher Selbstmord eines Geisteskranken

Münch, 29. April. Auf grauenhafte Art verübte gestern der 40jährige Kaufmann Marochin in Kremsmünster Selbstmord. Er legte im Walde alle Kleider ab, überzog sich mit Spiritus und entzündete dieselben. Marochin erlitt tödliche Brandwunden. Es hinterließ seine Frau und drei erwachsene Kinder. Die Tat scheint er in geistiger Unmündigkeit begangen zu haben.

„Erziehung“

Wegen einer Schußstrafe in den Tod

In Wetz, bei Eindhoven, nahm sich ein 13jähriges Mädchen eine Wunde während des Unterrichts durch den Pastor erteilte Rüge so zu Herzen, daß es unmittelbar darauf das Klassenzimmer verließ und seine Kleider in Brand steckte. Einer lebenden Fackel gleich flüchtete das Kind unter lauten Schmerzensschreien auf den Schulhof. Nachdem die Flammen sofort mit schweren Decken erstickt worden konnten, erlag das Kind im Krankenhaus den erlittenen Verletzungen.

Selbstmord eines Ehepaares

In Herford wurde das Ehepaar Klink in seiner Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Klink war Inhaber einer Metallwarenfabrik. Die schlichten wirtschaftlichen Verhältnisse sollen ihn in den Tod getrieben haben.

Der Europa-Flieger Notz tödlich abgestürzt

München, 29. April. Auf dem Flugplatz Schleißheim ereignete sich am Freitag mittag ein schwerer Flugzeugunfall, bei dem ein der besten deutschen Flieger das Leben verlor. Als sich der Flieger näherte, der am vorjährigen Europarundflug mit großem Erfolg teilgenommen hat, zum neuen Europarundflug vorbereitete und zu diesem Zweck einen Übungsflug über dem Flugplatz unternahm, ließ er plötzlich den Motor aus. Aus der Höhe von 30 bis 40 Metern stürzte das Flugzeug senkrecht zu Boden. Notz war auf der Stelle tot.

Ein Todesopfer des Grubenunglücks in Hindenburg

M. Hindenburg, 29. April. Von den bei dem Schlagwetterunglück auf der Konradia-Grube am Donnerstag früh verletzten Leuten ist der Bergmann Ruz gestorben. Das Befinden der übrigen Verletzten hat sich etwas gebessert, so daß mit weiteren Todesopfern voraussichtlich nicht zu rechnen ist.

Schwedenzug überfährt Landfuhrwerk

M. Ulfsum, 29. April. Am Donnerstagabend um 21,38 Uhr wurde auf der Strecke Angermünde-Palnewitz bei Wilmersdorf in der Ufermark ein Landfuhrwerk der Krümmischen Gutswirtschaft von einem Schwedenzug überfahren. Der Fuhrer war sofort tot. Ein schwerverletztes Pferd mußte getötet werden. Der D-Zug erlitt 65 Minuten Verspätung. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Schranke nicht geschlossen war.

Angeschwemmte Lebensmittel

Zwischen Kap Arkona und Lohme am Nordstrand von Rügen wurde eine Unmenge von herrenlosen Lebensmitteln, augenscheinlich eine ganze Schiffsladung, entdeckt. Es handelt sich keinesfalls um angeschwemmtes Gut, sondern die Kisten voll Käse, Butter und Schmalz, Körbe voll mit Obst, Süßfrüchten und Gemüsen, ganze Ballen mit Zigarren, Zigaretten und Tabak sind aller Wahrscheinlichkeit nach von einem in Gefahr befindlichen Schiffsbesatzung hier in aller Eile abgeladen worden. Die Bewohner der umliegenden Ortschaften sind aufs eifrigste bemüht, das unversehrte Strandgut zu „bergen“.

Schöne weiße Zähne

Können nach einmaliger, Ruher mit der Dent. extr. schmerzlos „Glorobond-Johannis“, schmelzen und ein Raucher. Jede 50 Pf. und 80 Pf.

Die Familie erschlagen

— im Wahnsinn

Der in der Parkstraße 462 in Tirschentz wohnhafte Badermeister Anton Wild begann sich gestern morgen zwischen 3 und 6 Uhr in das im ersten Stockwerk des Hauses gelegene Zimmer seiner Frau und schlug dort mit einem Beil zuerst die schlafende kleine Wild, sodann seine vier Kinder, und schließlich seine 39-jährige Mutter nieder. Von den Kindern war das jüngste im Alter von sechs Monaten auf der Stelle tot, zwei weitere Kinder starben im Verlaufe der heutigen Nacht. Die Frau und die Mutter des Mörders ringen im Tirschentz Krankenhaus mit dem Tode, ihr Ableben ist hinsichtlich zu erwarten.

Nach der Tat wollte der Badermeister Selbstmord begehen. Er begab sich zu diesem Zweck nach einem in der Nähe seines Anwesens gelegenen Fischteich und stieg bis zur Brust ins Wasser. Doch kehrte er wieder um und vertrocknete sich im Gebüsch eines nahe bei Stadt gelegenen Waldes. Dieser wurde sofort nach Bekanntwerden der Tat von der Polizei und Gendarmen umstellt. Schließlich fand man Wild in völlig apathischem Zustande im Gebüsch. Er hielt einen Revolver und ein Stierbecken in der Hand. Willenlos ließ sich der Massenmörder abführen.

Einem Toten die Goldzähne gerandt

Beauville-Rokajnice, 29. April. Im Dorfe Prastabol wurde das Grab eines vor Jahren verstorbenen reichen Bauern erschrocken und aus dem Schädel hochgehobene goldene Zähne gerandt. Die Täter, zwei Bauernburschen, wurden verhaftet. Sie hatten versprochen, die geraubten Zähne einem Juwelier zu verkaufen.

Großfeuer in einer Flugzeughalle

Auf dem Roosevelt-Flugplatz bei Neuport brannte eine Flugzeughalle, in der sieben Land- und ein besonders wertvolles Wasserflugzeug untergebracht waren, vollkommen nieder. Die explodierenden Benzintanks erschwerten die Löscharbeiten. Der Schaden beträgt über eine Million Mark.

Sprung aus der 2. Etage

Sameln, 29. April. Eine aufsehenerregende Tragödie spielte sich in den Oberböden in der Kleinen Straße ab, wo die minderjährige M. A. aus Uster auf Anordnung des Vormundschaftsgerichtes Uster erneut in Schußhaft genommen werden sollte. Sie war bereits am 22. April schon einmal in Schußhaft genommen, aber auf dem Wege zu ihren Eltern dem Gestalter in Wien ausgehollt. Sie hatte sich wieder nach Sameln begeben, wo sie bei ihrem Verlobten wohnte.

Trotzdem die Polizeibeamten noch einige Feuerwehreinheiten zur Hilfe herbeigerufen hatten, gelang es ihr doch, ihnen zu entfliehen. Sie sprang dann aus einem Fenster der zweiten Etage in den Hof hinab, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb und sofort dem Krankenhaus zugeführt wurde.

